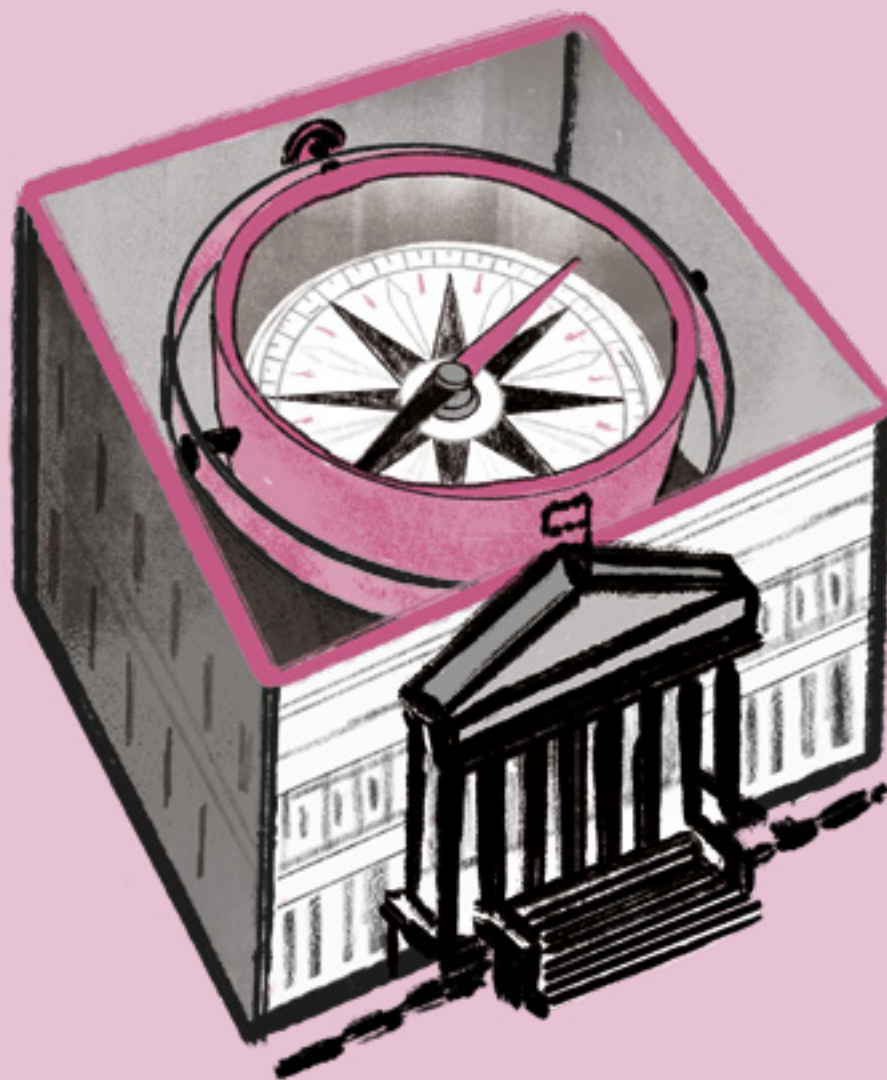


Arbeit & Wirtschaft



Sozial neu starten

Die kommende Regierung benötigt in Krisenzeiten einen Plan im Sinne der Menschen. Reformvorschläge und Lösungen stehen längst bereit.

Wir ziehen Bilanz / 6

Wie hat Schwarz-Grün durch die Krise manövriert?

Von oben nach unten / 12

Barbara Blaha im Interview über gerechte Vermögensverteilung

#7



RICHARD SOLDER CHEFREDAKTEUR
SARAH KLEINER CHEFIN VOM DIENST
GRETA STAMPFER ONLINEREDAKTION
THOMAS JARMER ART DIRECTOR & LAYOUT
MARKUS ZAHRADNIK FOTOS
SILKE MÜLLER ILLUSTRATIONEN
FLORIAN PRAXMARER LEKTORAT
SONJA ADLER ADMINISTRATION
VANESSA KOVAR REDAKTIONSSASSISTENZ

Mitarbeiter:innen dieser Ausgabe

Renate Anderl, Christian Bunke, Christian Domke-Seidel,
 Sophia Fielhauer, Sandra Gloning, Johannes Greß,
 Sandra Knopp, Robert Misik, Ali Mahlodji,
 Milena Österreicher, Christian Resei, Nadja Riahi,
 Alexandra Rotter, Udo Seelhofer, Irene Steindl,
 Brigitte Theissl, Alexia Weiss

Redaktion Arbeit&Wirtschaft

Johann-Böhm-Platz 1, 1020 Wien
 Tel.: (01) 534 44-39263, Fax: (01) 534 44-100222
 redaktion@arbeit-wirtschaft.at

Themenkomitee

www.arbeit-wirtschaft.at/impressum

Herausgeber:innen

Bundesarbeitskammer
 1040 Wien, Prinz-Eugen-Straße 20-22
 Österreichischer Gewerkschaftsbund
 1020 Wien, Johann-Böhm-Platz 1

Medieninhaberin

Bundesarbeitskammer
 1040 Wien, Prinz-Eugen-Straße 20-22
 Tel.: +43 1 501 65-0
 akmailbox@akwien.at

Hersteller

Walstead Leykam Druck GmbH & CO KG
 7201 Neudorf, Bickfordstraße 21

Verlagsort Wien**Herstellungsort** Neudorf**Abonnementverwaltung und Adressänderung**

Lukas Huemerlehner
 Johann-Böhm-Platz 1, 1020 Wien
 Tel.: (01) 662 32 96-0, aboservice@oegbverlag.at
 Einzelnummer: € 2,50 (inkl. Mwst.)
 Jahresabonnement Inland € 20,- (inkl. Mwst.)
 Ausland zuzüglich € 12,- Porto
 Für Lehrlinge, Student:innen und Pensionist:innen
 ermäßigtes Jahresabonnement € 10,- (inkl. Mwst.)

Offenlegung gemäß Mediengesetz, §25

www.arbeit-wirtschaft.at/offenlegung
 ZVR-Nr. 576439352 • DVR-Nr. 0046655
 ISSN (Print) 0003-7656, ISSN (Online) 1605-6493,
 ISSN (Blog) 2519-5492

Die in der Zeitschrift „Arbeit&Wirtschaft“ wiedergegebenen Artikel entsprechen nicht notwendigerweise der Meinung von Redaktion und Herausgeberin. Jeder Autor:in trägt die Verantwortung für seinen:ihren Beitrag. Es ist nicht die Absicht der Redaktion, die vollständige Übereinstimmung aller Mitarbeiter:innen zu erzielen. Sie sieht vielmehr in einer Vielfalt der Meinungen die Grundlage einer fruchtbaren geistigen Auseinandersetzung. Die Redaktion übernimmt keine Gewähr für unverlangt eingesandte Manuskripte. Nachdrucke, auch auszugsweise, sind nur mit Zustimmung der Redaktion und mit Quellenangabe gestattet.

Hinter den Kulissen



Johannes Greß hat sich für einen Lokalausgutschein nach Graz begeben. Ein ambitionierter Klimaschutzplan soll dort dafür sorgen, dass die Stadt trotz Erderwärmung lebenswert bleibt – auch für künftige Generationen. Zu lesen **ab Seite 28**.



Die extreme sommerliche Hitze konnte uns nicht davon abhalten, für ein Gruppenfoto für Sie zusammenzustehen. Das Redaktionsteam, das nun die **Arbeit&Wirtschaft** im ÖGB-Verlag gestaltet (v. l. n. r.):
Greta Stampfer, Richard Solder, Sarah Kleiner, Vanessa Kovar.

Zeit, den Kompass auszurichten



RICHARD SOLDER
SARAH KLEINER
REDAKTION

Vieles ist politisch ungewiss in diesen Zeiten. Im Superwahljahr 2024 stehen Weichenstellungen an – von Wien bis Washington, D.C. Wir nehmen die Nationalratswahl am 29. September zum Anlass für eine rotweißrote Reflexion: Was wurde in den vergangenen Jahren in Österreich umgesetzt, und was bräuchte es von einer zukünftigen Regierung? Vor allem wird es darum gehen, wie man Vermögen umverteilen kann, denn Pandemie, Teuerung & Co haben ihre Spuren hinterlassen: Existenzen sind bedroht, der Mittelstand rutscht weiter ab, während Wohlhabende zu den Gewinner:innen der Krisen zählen.

Wer wissen will, wie die bundesweit antretenden Parteien zu Themen wie der „Millionärsteuer“ oder gesetzlichen Obergrenzen für Mieten stehen, folgt am besten einem der QR-Codes in diesem Heft. Der ÖGB hat die Positionen der Parteien abgefragt. Die Arbeiterkammer hat indes die Forderungen der Arbeitnehmer:innen an die nächste Bundesregierung in Stellung gebracht.

Gut informiert zu sein ist jetzt entscheidend, nicht nur hierzulande: Mancherorts droht ein Rechtsruck, was Auswirkungen auf Beschäftigte, die Wirtschaft und den Sozialstaat hätte. Die Aufbruchsstimmung in den USA nach der Übernahme der demokratischen Präsidentschaftskandidatur durch Kamala Harris kann Inspiration sein. Verschiedene Lager sehen Hoffnung für Vereinigte Staaten, die auf Zusammenhalt setzen und nicht auf Hass. In Großbritannien wählten die Menschen Anfang Juli die neoliberale Politik seitens der Regierung ab, und in Frankreich schlossen sich vor den Parlamentswahlen verschiedene linke Fraktionen zusammen. Sie sprachen junge Wähler:innen und jene mit Migrationshintergrund an und gewannen gegen die rechtsnationalen Parteien. Wenn die Vielen zusammenrücken, können sie etwas bewegen.

Apropos Bewegung: In neuer Konstellation hat sich auch die Redaktion der Arbeit&Wirtschaft zusammengefunden. Ab jetzt dürfen wir, Richard Solder als Chefredakteur und Sarah Kleiner als Chefin vom Dienst, die Geschicke dieses traditionsreichen Blattes leiten – und mit dem ganzen Team das Magazin in die Zukunft führen. Wir werden dabei nicht den Blick für das Wesentliche verlieren: eine Gesellschaft, in der alle eine Chance bekommen, und eine Wirtschaft im Sinne der Arbeitnehmer:innen. Wir freuen uns auf spannende und relevante Themen, die wir für Sie, liebe Leser:innen, möglichst gut aufbereiten wollen. Helfen Sie uns gerne dabei und zögern Sie nicht, wenn Sie Rückfragen haben oder uns Feedback geben wollen. Vielen Dank! ►

Inhalt

WIDERSTAND AUS DEM EXIL

26 In Diktaturen wie Belarus und Myanmar wird der Kampf um bessere Arbeitsbedingungen gewaltsam zerschlagen. Zwei Frauen, die wegen ihres Einsatzes für die Gewerkschaft fliehen mussten, erzählen.

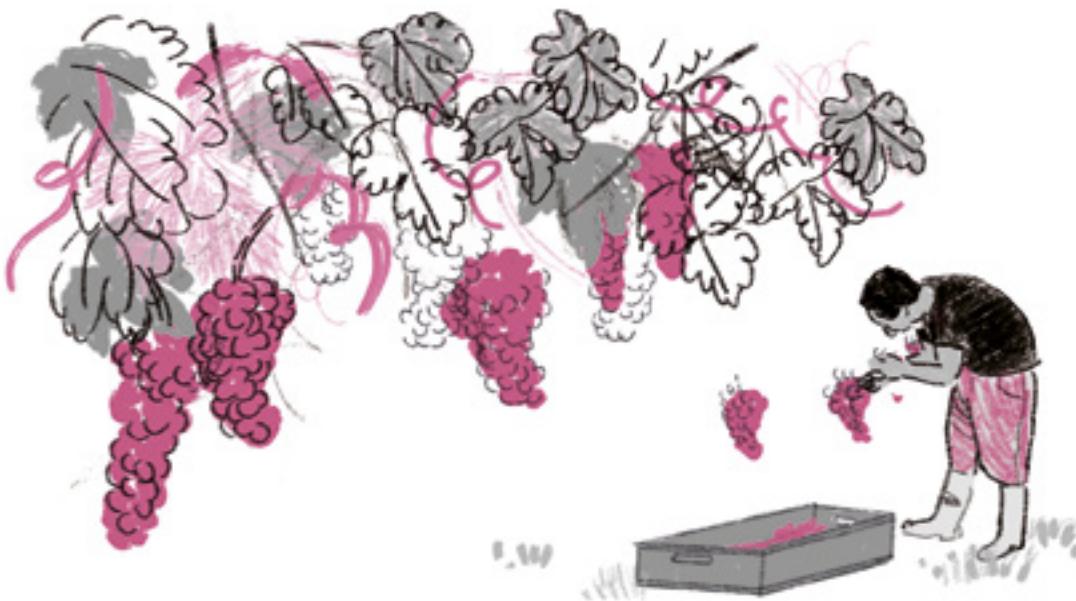
GESUNDE GRENZEN

38 Die letzte gesetzliche Arbeitszeitverkürzung liegt beinahe 50 Jahre zurück. Dass weniger Arbeit bei gleichem Lohn der Belegschaft und dem Betrieb guttun kann, beweisen mutige Unternehmen in der Praxis.

AUF DER KIPPE

42 Flächendeckende Kinderbetreuung schafft gleiche Voraussetzungen für beide Elternteile und verringert das Risiko von Altersarmut für Frauen. Doch es fehlen die Kapazitäten, um allen Kindern eine gute Elementarbildung zu ermöglichen.

Wunderbare Krisenjahre	6
Die schwarz-grüne Legislaturperiode im Rückblick	
Ist die Zukunft besser als ihr Ruf?	11
Ali Mahlodji kennt die Antwort auf die große Frage	
Klassenkampf wie eh und je	12
Barbara Blaha über Arm und Reich im Land der Ungleichheit	
Stimmen des Betriebsrats	16
Was Betriebsrät:innen in ihrer Branche beschäftigt	
Vermögensberatung in Zivil	20
Der Gute Rat hat ein Millionenerbe verteilt. Wie ging er vor?	
Das erste Mal	23
Jugendvertrauensrät:innen über ihre erste Nationalratswahl	
Wenn Rechtspopulisten mitregieren ...	24
... bringt das meist Angriffe auf Arbeitnehmer:innenrechte	
Graz macht's vor	28
Die Stadt realisiert ein umfassendes Klimaschutzkonzept	
Applaus ohne Nachhall	30
Die Regierung konnte den Pflegenotstand nicht abwenden	
Was würde eine Erbschaftsteuer bringen?	33
Eine Analyse aus dem A&W-Blog	
Viel mehr Schule	34
Ganztagsschulen sorgen für gerechte Chancen für alle Kinder	
Der Bildungsweg als Hürdenlauf	37
Brigitte Theissl über ein unliebsames Erbe	
Wohnen ist kein Privileg	44
Wie man den Steigflug der Mieten im Land bremsen könnte	
Wir haben die Wahl!	46
Renate Anderl hat das letzte Wort	





Arbeit&Wirtschaft

Abendpost

Hoch die Beine und mal kurz den Ablenkungen und Pflichten des Alltags entfliehen: Die Arbeit&Wirtschaft Abendpost versorgt Sie immer mittwochs mit Informationen und Empfehlungen zu den aktuellsten Beiträgen unserer Online-Ausgabe.

Wie Sie dazu kommen?

Einfach zu unserem Newsletter anmelden!

www.arbeit-wirtschaft.at/abendpost

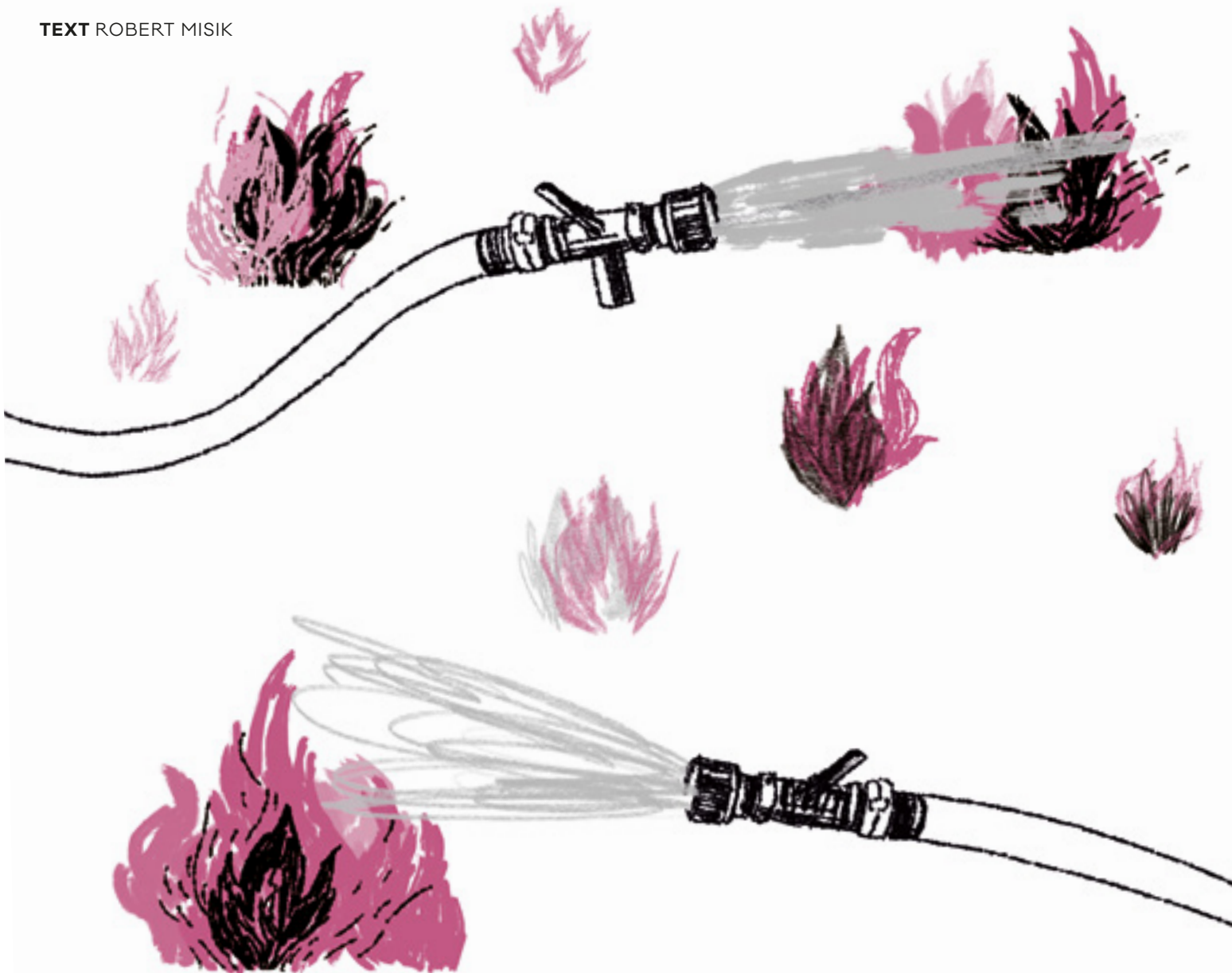
f X @ /AundWMagazin

www.arbeit-wirtschaft.at

Wunderbare Krisenjahre

Pandemie, Krieg, Rekordinflation: Die Ereignisse der vergangenen Jahre gäben ein gutes Drehbuch für ein Drama her. In der Krise waren es vor allem die Sozialpartner, die empfindliche Wohlstandsverluste verhindern konnten. Die Bilanz der schwarz-grünen Legislaturperiode hingegen zeigt: Für die Zukunft bleiben viele Baustellen.

TEXT ROBERT MISIK



Am 7. Jänner 2020 wurde die schwarz-grüne Bundesregierung von Bundespräsident Alexander van der Bellen vereidigt. Es war schon eine recht außergewöhnliche Regierungskonstellation, die da zusammenfand: Sebastian Kurz hatte mit der ÖVP einen Wahlsieg eingefahren, aber nach Ibiza war eine Neuauflage der Rechts-ultrarechts-Koalition aus ÖVP und Freiheitlichen undenkbar. Die Sozialdemokraten hatten eine empfindliche Wahlniederlage einstecken müssen, wären aber wohl auch nicht sonderlich erpicht darauf gewesen, als Juniorpartner in eine Kurz-Regierung einzutreten – eine Reserviertheit, die bekanntlich auf Gegenseitigkeit beruhte. Fast könnte man sagen: Da irgendjemand regieren musste, erwischte es diesmal halt die Grünen. Und so verkündete man, künftig „das Beste aus beiden Welten“ zusammenzubringen.

Zwei Kanzler sind seither zurückgetreten. Mit den Resten an „Normalität“ war es schon nach wenigen Wochen vorbei: Aus China wurden unmittelbar nach Regierungsantritt erste Nachrichten von einer Epidemie gemeldet. Schnell griff diese auf Europa über. Bilder von Bergamo geisterten durch die Medien, dann kam Ischgl. Und im März 2020 hieß es in Österreich schließlich: Lockdown! Konventionelle Regierungsarbeit war nicht mehr möglich. Nichts war mehr „wie üblich“. Es galt, eine globale Pandemie zu meistern und zugleich einen ökonomischen Kollaps mit Massenpleiten zu verhindern – und eine soziale Katastrophe. „Koste es, was es wolle“, verkündete der damalige ÖVP-Finanzminister Gernot Blümel.

*„Es wurde verabsäumt,
auf kritische Arbeitsbedingungen
in wichtigen Branchen zu achten,
und jetzt gibt es einen
Arbeitskräftemangel.“*

Ines Stilling,
AK-Bereichsleiterin Soziales



Ines Stilling, AK-Bereichsleiterin für Soziales, sieht die Krisenjahre als „Jammertal“ für die Frauenpolitik. Die Regierung habe nach der Pandemie zu wenig gegengesteuert.

Reagieren statt regieren

Zur Ruhe ist die Welt danach nicht mehr gekommen: Im Februar 2022 überfiel Wladimir Putins Russland die Ukraine, seither herrscht Krieg in Europa. Die Energieversorgung stand auf der Kippe. Die Inflationsrate erreichte Rekordwerte von bis zu 11,2 Prozent. Will man die Regierungsperiode beurteilen, die nun nach fünf Jahren zu Ende geht, so ergibt sich die Bilanz einer Krisenära, in der es drunter und drüber ging wie kaum jemals in der Zweiten Republik. Wer in Regierungsämtern saß, konnte da meist nur reagieren – und oft sogar nur in relativem Blindflug. Zeitweise herrschte in den Kanzleien und Büros helle Panik. Bei einer solchen Achterbahnfahrt kann man, wenn man gerecht ist, auch nicht alles, was schief lief, den Regierenden anlasten.

„Ich würde diese fünf Jahre zeitlich zerteilen“, sagt Ines Stilling. Die Juristin war Sektionschefin im Bundeskanzleramt. In der Expertenregierung unter Brigitte Bierlein amtierte sie ab Juni 2019 für ein halbes Jahr als Kanzleramts- und Frauenministerin, kurz danach wurde sie Generalsekretärin im Sozialministerium. Seit zwei Jahren leitet sie den Bereich „Soziales“ in der Arbeiterkammer. Die erste Phase der Regierungsperiode sei „durchwachsen“ gewesen, formuliert Stilling, gemessen an den Umständen aber „erfolgreich gelaufen“. Mit den verschiedenen Corona-Unterstützungsmaßnahmen, vor allem mit der Kurzarbeitsregelung, sei grosso modo das Richtige gemacht worden, auch wenn da und dort zu spät reagiert und einzelne Gruppen überfordert worden wären, während andere wiederum zu den Verlierer:innen zählen würden. „Die zweite Hälfte war dagegen aus Arbeitnehmer:innensicht weniger erfolgreich“, sagt Stilling.

Markus Koza, Gewerkschafter und Nationalratsabgeordneter der Grünen, zieht eine positive Bilanz: Der Sozialstaat sei gegen Angriffe der ÖVP verteidigt worden.



Die Teuerung habe man einfach laufen lassen, ohne ausreichend preisdämpfende Maßnahmen zu setzen. Auf dem Arbeitsmarkt hätte es wenig Fortschritte gegeben, eine „Fachkräftestrategie“ sei auch heute kaum erkennbar. „Es wurde verabsäumt, auf kritische Arbeitsbedingungen in wichtigen Branchen zu achten, und jetzt gibt es einen Arbeitskräftemangel“, so Stilling. Wer für ein vergleichsweise geringes Salär, wenig Anerkennung und unter großem Druck fordernde Arbeit verrichten muss, der wird die entsprechende Branche früher oder später verlassen – oder gar nicht erst in sie eintreten. Gerade in wichtigen Dienstleistungsberufen und im Gesundheitswesen sei das spürbar. Die Regierung habe zwar Pflegepakete hinbekommen – „immerhin, auch wenn wir nicht ganz zufrieden waren“ –, mit der Abschaffung der kalten Progression habe man sich aber viele budgetäre Spielräume genommen, so die AK-Bereichsleiterin.

Frauenpolitisch seien die Corona-Jahre „ein Jammertal“ gewesen, ein Übermaß an Care-Arbeit sei an den Frauen hängen geblieben, viele hätten sich vom Arbeitsmarkt zurückgezogen, die Väterkarenzen seien rückläufig. Die Pandemie sei für die Chancengleichheit der Frauen ein herber Rückschlag gewesen. Das sei nicht unbedingt die Schuld der Regierung, aber, so Stilling, es „ist danach nichts unternommen worden, um gegenzusteuern“. Und das zumindest müsse man der Regierung vorhalten.

Zügellose Teuerung

„Während der Pandemie hat die Regierung die Sozialpartner einfach machen lassen“, sagt Willi Mernyi. „Das hat auch zu guten Ergebnissen geführt. Aber was mich wirklich wütend macht, ist, dass man die Inflation einfach durchrauschen ließ. Man hat die Kostenkrise wie einen Waldbrand behandelt und so getan, als könne man da nichts machen“, so der Bundesgeschäftsführer des ÖGB. „Dass bei der Pandemie die Förderungen nicht ganz treffsicher waren, da bin ich teilweise nachsichtig“, sagt Mernyi. Es habe schnell gehen müssen, und für bürokratische Einzelfallprüfungen sei wenig Zeit

gewesen. Aber das Versagen bei der Inflationsbekämpfung habe nicht nur dazu geführt, dass viele Menschen nicht mehr wüssten, wie sie ihre Rechnungen bezahlen sollen, es habe auch langfristige Folgen. „Denn jetzt beklagen die Konservativen, dass die Lohnabschlüsse so hoch seien und damit die Unternehmen Kostenprobleme bekämen. Allen muss klar sein: Die Lohnabschlüsse der Gewerkschaften mussten so hoch sein, weil die Bundesregierung bei der Bekämpfung der Teuerung ihre Arbeit nicht gemacht hat!“

Schon die Corona-Krise brachte vielen Beschäftigten Reallohnverluste – sei es, weil durch die Kurzarbeit nicht das gesamte Einkommen ersetzt wurde, sei es, weil Überstunden wegfielen oder weil in vielen Branchen Trinkgelder faktisch als Einkommensbestandteil betrachtet werden und auch diese wegbrachen.

Zugleich gab es fast so etwas wie einen „Sozialismus für die Reichen“. Die Arbeitnehmer:innenentgelte – also Löhne und Gehälter – sind in Österreich im schlimmsten Corona-Krisenjahr gesunken, und zwar um etwa 2,5 Milliarden Euro. Zugleich sind die Gewinne und Unternehmenseinkommen gestiegen, und zwar in etwa um den gleichen Betrag. Und das ist bemerkenswert angesichts eines Konjunkturreinbruchs und massiver Umsatzverluste. In einer Krise sinken Gewinne und Unternehmensprofite üblicherweise. Diesmal



war es umgekehrt: Die Unternehmensgewinne wuchsen an, die Arbeitnehmer:inneneinkommen schrumpften.

Noch schlimmer kam es nach Ausbruch des Russland-Ukraine-Krieges, der Energiekostenkrise und der Mega-Inflation: Österreich verzeichnete im Jahr 2022 einen „historisch hohen Reallohnverlust von 3,7 Prozent“. Das teilte die Oesterreichische Nationalbank mit. Grund für das hohe Minus war die verzögerte Abgeltung der sehr rasch und stark gestiegenen Inflation.

Wie das Momentum Institut berichtet, kam es seit 1960 insgesamt zehnmal zu einem Sinken der Reallöhne: Zwischen 1960 und 1990 war das einmal der Fall, nämlich um 0,2 Prozent zu Beginn der 1980er-Jahre. Zwischen 1991 und 2022 sank die Kaufkraft der Löhne hingegen in neun Jahren, allerdings niemals so massiv wie im Jahr 2022. Davor wurde nur 2011 mit 1,1 Prozent die Schwelle zur vollen Prozentzahl überschritten – das war das schlimmste Jahr der Finanzkrise.

Frage der Perspektive

Ein wenig ist es wie bei den beliebten Vexierbildern, die einen in der Kindheit so faszinierten: Je nachdem, wie man auf sie blickt, sieht man etwas anderes. Die vergangenen fünf Jahre brachten enge Geldbeutel, mehr finanzielle Sorgen und einen Wohlstandsverlust für die Arbeitnehmer:innen. Betrachtet man die Lage von einem anderen Blickwinkel, zum Beispiel von der Regierungsbank aus, dann bietet sich auch ein anderes Bild: Die Bundesregierung hat gesteuert. Trotz Jahrhundertkrisen (Pandemie, Krieg, Inflation) sind die Einkommen relativ stabil geblieben, die Wirtschaft wurde gestützt, und die große soziale Katastrophe ist ausgeblieben. Man muss aber dazusagen, dass es in erster Linie den Gewerkschaften zu verdanken ist, dass die Reallöhne halbwegs stabilisiert werden konnten.

„Während der Pandemie war es buchstäblich so, dass sich Arbeitgeber:innen- und Arbeitnehmer:innenseite zusammengesetzt und das Modell der Corona-Kurzarbeit, die Regelungen für Home-Office etc. verhandelt haben. Die Regierung hat das dann über-



„Die Lohnabschlüsse der Gewerkschaften mussten so hoch sein, weil die Bundesregierung bei der Bekämpfung der Teuerung ihre Arbeit nicht gemacht hat“, betont Willi Mernyi, Bundesgeschäftsführer des ÖGB.

nommen“, sagt Ingrid Reischl, Bundesgeschäftsführerin des ÖGB. „Als die Sozialpartner aber im März 2022 Vorschläge für Maßnahmen zur Inflationsbekämpfung machten, wurden diese nicht mehr aufgegriffen. Dabei hätte das Paket die Inflation auf vier, fünf Prozent gedrückt.“ Vor allem der Anstieg der Energiepreise und der Mieten hätte laut Reischl markant gedämpft werden können. Um die Lebensmittelpreise in den Griff zu bekommen, wurde eine Preiskommission vorgeschlagen. Aber die Regierung blieb untätig.

Die Kritik an dieser sei übertrieben und maßlos, sagen die einen. Die befürchteten massiven Angriffe auf Arbeitnehmer:innenrechte seien ausgeblieben, es sei sogar ein wenig vorangegangen. Man solle sich an die Vorgängerregierung erinnern, die vom 12-Stunden-Tag über die Zerschlagung der Sozialversicherungen bis hin zum Plan, Hartz IV in Österreich einzuführen, eine regelrechte Horrorliste auf ihrem Zettel hatte, die sie nur aufgrund des Ibiza-Skandals nicht vollends abarbeiten konnte.

Es gebe aber kaum Fortschritte und sogar Rückschritte, sagen die anderen. Verlorene Jahre lägen hinter uns, viele Probleme hätten sich verschärft, wichtige Reformen seien verschleppt worden. Man denke an den Fachkräftemangel. Man denke an die Krise des Gesundheitssystems, daran, wie lange die Bürger:innen heute oft auf einen Facharzttermin warten. „Nach der Reform der Sozialversicherungen durch die Vorgängerregierung hätten wir schon erwartet, dass die aktuelle etwas repariert“, sagt Ingrid Reischl. „Aber das ist nicht passiert.“



Nach der galoppierenden Inflation könnten Österreich nun ein strenger Sparkurs und eine „Austeritätspolitik 2.0“ blühen, befürchtet Ingrid Reischl, Bundesgeschäftsführerin des ÖGB.



Sozialpolitik mit Gegenwind

Eine passable Bilanz, doch nur ein „Genügend“ oder allenfalls ein „Befriedigend“? Man brauche sich für die Bilanz dieser fünf Jahre weder verstecken noch genieren, erwidert Markus Koza, der kämpferische Gewerkschafter und Parlamentarier der Grünen: „Klar, unsere Funktion in der Regierung war zunächst einmal die Abwehr von Verschlechterungen. Aber“, so Koza, der als Bereichssprecher für Arbeit und Soziales eine Schlüsselfunktion in der Koalition innehatte, „es ist uns sogar gelungen, den Sozialstaat zu festigen und auszubauen.“

Ein degressives Modell beim Arbeitslosengeld, also dass die Unterstützungslleistung mit der Dauer der Arbeitslosigkeit sinkt, wie es die ÖVP so gerne gehabt hätte, sei zum Beispiel von den Grünen verhindert worden. „Angriffe, die es gegeben hat, haben wir weitgehend abgewehrt“, sagt Koza. Aber gerade die Corona- und die Inflationskrise hätten die Möglichkeit geboten, auch positive Änderungen durchzusetzen, die über den Tag hinaus wirken. Während der Corona-Jahre wurde die Notstandshilfe erhöht, „weil ja klar war, dass jemand, der seinen Job verloren hat, nicht so schnell wie üblich eine neue Stelle finden würde“. Es wurde auch ein Kinderzuschuss für einkommensschwache Familien eingeführt. In der Krise wurde mit Direktzahlungen experimentiert, die es so bisher noch nicht gegeben hatte. Und vor allem: „Die Familien- und Sozialleistungen wurden valorisiert, sie werden jetzt direkt an die Inflation angepasst“, sagt Bereichssprecher Koza. „Das hat es bisher nicht gegeben.“

Der Nationalratsabgeordnete rattert herunter, was die Grünen aus seiner Sicht alles erreicht hätten: die Wertanpassung der Sozialleistungen, die überdurchschnittliche Erhöhung der Mindestpensionen, einen „Bildungsbonus“ beim AMS, eine Pflegemilliarde, Maßnahmen gegen die Kinderarmut, Verhinderung der neoliberalen Giftliste, dazu auch den Einstieg in die CO₂-Bepreisung mit Klimabonus, die ja von der Systematik her auch eine Umverteilung von oben nach unten sei, usw. „Und das alles bei einem ÖVP-Kanzler und einem ÖVP-Wirtschaftsminister“, betont Koza.

Wagt man einen Panoramablick auf die Europäische Union, so ist die Bilanz keineswegs verheerend. Hatten die EU-Regierungen

nach der Finanzkrise 2009 noch auf eine brutale Sparpolitik („Austerität“) gesetzt, wurde in den vergangenen Jahren anders reagiert. „Die EU hat verstanden, dass energisches Gegensteuern notwendig ist“, sagt Markus Koza. Eine Jahrhundertpandemie, Krieg, Inflation: All das hätte leicht zu dramatischen sozialen Verwerfungen führen können. „Aber das ist so nicht passiert.“

Allerdings blieb vieles liegen, bereits bestehende Schief lagen haben sich verstärkt: die soziale Ungleichheit, der ökonomische Stress für weniger Wohlhabende, das Krisengefühl, das sich in die Mittelschichten frisst. Über 370.000 armutsgefährdete Kinder, schmerzhaft angestiegene Mieten und Zinsbelastungen, keine Fachkräftestrategie, mit der man die 1,5 Millionen Arbeitnehmer:innen ersetzen könnte, die in den nächsten fünf bis zehn Jahren in Pension gehen.

Schwindende Mittelschicht

„Die unteren Einkommenssegmente hat man stabilisiert“, sagt AK-Bereichsleiterin Stilling, „aber die mittleren Segmente rutschen nach unten. Sie leisten sich messbar weniger Urlaub, weniger Kulturkonsum. Es breitet sich das Gefühl aus, dass es jeden und jede erwischen kann, und die Leute haben Angst, ihren Status zu verlieren.“

Vertrauensverlust, Proteststimmung, sogar Demokratiegefährdung sind die Folge. ÖGB-Bundesgeschäftsführerin Ingrid Reischl rechnet mit „Verteilungskonflikten, die sich gewaschen haben“. Sparpakete könnten der Republik drohen, die neuen EU-Fiskalregeln eine „Austeritätspolitik 2.0“ erzwingen. „Hier hat sich Österreichs Regierung eher als Scharfmacher hervorgetan, anstatt für vernünftige Mechanismen zu plädieren.“ Im Extremfall kann die EU-Kommission verbindliche Vorgaben für Kürzungen machen, wenn die Fiskalregeln nicht erreicht werden. Die Senkung der Körperschaftsteuer, die Steuergeschenke an Konzerne: „All das hätte man zurücknehmen müssen“, sagt Reischl. Bei vermögensbezogenen Abgaben sei Österreich Schlusslicht. Ihr Fazit: „Es gibt eklatanten Handlungsbedarf.“ ▀

Ist die Zukunft besser als ihr Ruf?

Die Welt wackelt: Krisen, Klimawandel, Unsicherheit – die Nachrichten sind voll davon. Aber die wahre Story ist mehr als schwarz oder weiß: Ja, die Welt hat hässliche Momente, und zugleich hat sie wunderbare Seiten der Menschlichkeit.

Wenn ich durch Europa reise, sehe ich eine Gesellschaft, in der jedes Individuum nach einem gelungenen Leben strebt. Dieser Wunsch nach einem besseren Morgen führt dazu, dass ich – egal ob in Schulen, in Gemeindezentren, in Unternehmen oder in Familien – immer wieder ein Muster erlebe: eine kollektive Erkenntnis, dass die Zeit des Wartens auf

bessere Zeiten vorbei ist und wir alle selbst anpacken müssen – sei es in der Gemeinde, am Arbeitsplatz oder im engsten Freundeskreis.

Wenn ich in Schulen bin, erlebe ich Jugendliche, die sich heute mutig, klug und vernetzt die Frage stellen: „Was können wir jetzt tun, um morgen eine bessere Welt zu haben?“ Das ist keine naive Hoffnung, das ist eine Tatsache. Die Kunst von uns Menschen liegt darin, Tatsachen selbst zu schaffen, denn so haben wir immer schon bewiesen, dass uns Krisen weiser und stärker machen. Und was für Jugendliche gilt, gilt umso mehr für Erwachsene.



ALI MAHLODJI
UNTERNEHMER

Klassenkampf wie eh und je

Barbara Blaha setzt sich seit vielen Jahren für einen starken Sozialstaat und für eine gerechtere Finanzierung des Staatshaushalts ein. Im Interview mit der Arbeit&Wirtschaft plädiert sie für einen Umbau des Steuersystems und den Ausbau der Kinderbetreuung.

INTERVIEW ALEXIA WEISS

Die Rekordinflation der vergangenen Jahre bremste sich inzwischen zwar ein, die massiven Teuerungen haben viele Menschen aber in existenzielle Sorgen gestürzt. Nun zeichnet sich laut Prognose des Wirtschaftsforschungsinstituts (Wifo) vom Juni eine Phase der wirtschaftlichen Stagnation ab, die Insolvenz-zahlen steigen. Die EU pocht indessen wieder auf die Einhaltung der Maastricht-Kriterien, die vorgeben, dass das staatliche Budgetdefizit nicht mehr als drei Prozent des BIP betragen darf. Wie kann man in so einer Situation dennoch Armut bekämpfen und den Sozialstaat stärken? Und was hat all das zum Beispiel mit der Schaffung von Kindergartenplätzen zu tun?

Arbeit&Wirtschaft: Was bedeutet für Sie Chancengerechtigkeit?

Barbara Blaha: Wenn man Ungleiches gleich behandelt, werden strukturelle Ungerechtigkeiten reproduziert. Es geht also darum, anzuerkennen, dass Dinge ungleich sind, und dann Ungleiches auch ungleich zu behandeln. Beispiel Bildungssystem: Derzeit tut man so, als hätte jedes Kind zu Schulbeginn die gleichen Voraussetzungen. Das stimmt aber überhaupt nicht. Chancengerechtigkeit würde bedeuten: Ein

Kind, das aus einer bildungsfernen Schicht kommt, braucht eine ganz andere Unterstützung als ein Kind aus einer bildungsnahen Schicht. Wenn ich hier ungleich behandle, Sorge ich im Ergebnis dafür, dass alle Kinder die gleichen Chancen haben.

Gibt es hier noch ein Beispiel?

Wenn wir uns die Männer-Frauen-Frage anschauen: Grundsätzlich können Frauen alles werden, niemand hat hier noch juristische Hürden, die zu bekämpfen wären. Trotzdem bekommen Frauen um 36 Pro-

zent weniger Lohn als Männer. Ist das ihre eigene Schuld? Das zeigt ebenfalls gut, dass wir so tun, als wäre es gleich.

Ein anderer Aspekt: Wer kümmert sich um die Kinder? Wer betreut die Alten? In unserer Gesellschaft ist es nach wie vor so, dass man damit die Frauen alleine lässt und ihnen dann hinterher, wenn sie zu wenig Pension erhalten, ausrichtet, sie hätten ja nur Teilzeit gearbeitet.

In welchen Politikbereichen müsste man ansetzen, um eine bessere Umverteilung von oben nach unten zu erreichen?

Da gibt es viele. Ein ganz wesentlicher Hebel wäre vor allem das Steuersystem. Wir wissen, dass knapp 80 von 100 Euro Steueraufkommen aus Arbeit und Konsum stammen, also von den Arbeitnehmer:innen, von den Familien, von den Pensionist:innen. Aber nur vier Euro kommen aus dem Vermögen und nur sechs Euro aus den Gewinnsteuern der Konzerne. Hier gibt es also ein großes Ungleichgewicht. Gegensteuern könnte man durch eine stärkere Besteuerung von Vermögen und Konzerngewinnen. Dass wir jetzt so ein großes Ungleichgewicht haben, ist die Konsequenz politischer Entscheidungen der vergangenen 35, 40 Jahre. Wir haben Vermögen schon einmal deutlich stär-



BARBARA BLAHA

Geboren 1983, studierte Germanistik an der Universität Wien. 2019 hat sie den Thinktank Momentum Institut ins Leben gerufen, den sie bis heute leitet, ebenso wie den Politikongress Momentum und das Moment Magazin. Zudem ist die gebürtige Wienerin als Autorin tätig.



Barbara Blaha kämpft für die Vielen: Mit Steuern auf Konzerngewinne und Vermögen soll der Sozialstaat abgesichert werden. „An dieser Stellschraube muss man wieder drehen.“

ker besteuert, ebenso Erbschaften. An dieser Stellschraube muss man wieder drehen.

Wo gilt es noch anzusetzen?

In der Sozialpolitik. Es ist eine politische Entscheidung, dass bei uns jedes fünfte Kind in Armut oder armutsgefährdet aufwächst. Das müsste nicht so sein. Die Volkshilfe hat ausgerechnet, dass es im Rahmen einer Kindergrundsicherung knapp vier Milliarden Euro kosten würde, Kinder – und damit auch ihre Familien – aus der Armut zu holen.

Für Armut wird teils immer noch die Verantwortung den Betroffenen zugeschoben. Warum ist dieser Befund falsch, und warum geht Armut die ganze Gesellschaft etwas an?

Warum Armut dem Einzelnen zugeschoben wird, kann man sich sehr gut am Beispiel arbeitsloser Menschen anschauen. Viele können sich noch an die aktive Arbeitsmarktpolitik Bruno Kreiskys (von 1970 bis 1983 Bundeskanzler, Anm. d. Red.) erinnern – und an seinen Sager, 100.000 Arbeitslose würden ihm mehr schlaflose Nächte bereiten als ein paar Milliarden Schilling Schulden. Die Politik hat damals die Verantwortung für die Bekämpfung von Arbeitslosigkeit übernommen. Heute hat kein Bundeskanzler schlaflose Nächte

bei Hunderttausenden Arbeitslosen. Wir haben uns an die extrem hohe strukturelle Arbeitslosigkeit gewöhnt.

Warum? In den späten 1980er- und frühen 1990er-Jahren wurde von der aktiven auf die aktivierende Arbeitsmarktpolitik umgestellt. Jetzt muss man sich qualifizieren, sich fortbilden, sich anstrengen, man muss fleißig sein, mit der Konsequenz, dass du, wenn du keinen Job hast, eigentlich selbst schuld bist. Wenn man sich aber das Verhältnis von offenen Stellen zu Arbeitslosen anschaut, sieht man, das kann sich nicht ausgehen.

Und diese eigene Schuld wirkt auch als Drohkulisse für die, die Arbeit haben. Man will nicht zu den Arbeitslosen gehören, also hält man aus, dass die Arbeit immer dichter wird, geht krank zur Arbeit, nimmt hin, dass Überstunden nicht ausbezahlt werden. Die Drohkulisse des Verlusts des Arbeitsplatzes hält Arbeitnehmer:innen diszipliniert und brav – und das ist gewünscht.

Viele Familien, aber auch Einzelpersonen haben zuletzt die hohe Inflation und die enorm gestiegenen Lebenshaltungskosten – Wohnen, Energie, Lebensmittel – an den Rand der Existenzkrise gebracht. Was erwarten Sie hier von der nächsten Bundesregierung?

Viele andere Regierungen in Europa haben in die Werkzeugkiste gegriffen. In Österreich hatte man eine fast schon absurde Angst vor dem Markteingriff und hat fast nichts getan. Statt die Energiepreise abzufangen, hat man sich für Einmalzahlungen entschieden – und die Rechnung dafür zahlen wir. Diese vermeintlichen Hilfen waren in Wirklichkeit selbstfinanzierte kurzfristige Finanzspritzen.

„Die Drohkulisse des Verlusts des Arbeitsplatzes hält Arbeitnehmer:innen diszipliniert und brav – und das ist gewünscht.“

Barbara Blaha,
Leiterin Momentum Institut

Was muss die nächste Regierung tun?

Die Europäische Kommission hat bereits im Juni deutlich gemacht, dass die Mastricht-Kriterien nach den Corona- und Teuerungsjahren wieder vollständig Gültigkeit haben. Das heißt, die nächste Bundesregierung wird vor der Herausforderung stehen, zwischen acht und zehn Milliarden Euro einzusparen – oder doch auf Erbschaft- und Vermögensteuern zu setzen. Hier eine sozial gerechte Balance zu finden halte ich für die größte Herausforderung der nächsten Bundesregierung.

Warum braucht es einen starken Sozialstaat, und wo braucht es dafür die dringenden Reformen?

Wenn wir uns die Daten ansehen: Mit all seinen Mängeln und Schwächen hebt unser Sozialsystem jedes Jahr fast eine Million Menschen über die Armutsgrenze. Gleichzeitig sehen wir aber 1,3 Millionen Menschen unter oder an der Armutsgrenze. Der Sozialstaat ist also noch nicht stark genug, er fängt noch nicht genügend Leute auf. Das sind vor allem Menschen, die

Steueraufkommen von Vermögen in Österreich

Quelle: Einzelsteuerliste, Stand 2022, Momentum Institut





Budgetpolitik nach Maastricht-Kriterien, Bildungsgerechtigkeit, Umverteilung: Die neue Regierung müsse sich in diesen Bereichen beweisen, um den Wohlstand in der Republik zu sichern, sagt Barbara Blaha.

ihren Job verloren haben, es sind Ältere, Frauen, Personen mit chronischen Krankheiten. Für sie müssen wir den Sozialstaat armutssicher bauen.

Ein Ansatzpunkt ist das Arbeitslosengeld: Das wurde trotz Rekordteuerung nicht inflationsangepasst. Es braucht die schon angesprochene Kindergrundsicherung. Wir brauchen aber auch Dienstleistungen, von denen alle etwas haben, die hier leben: Kindergärten zum Beispiel. Wenn wir die Kinderbetreuung ausbauen, kann auch jede Frau tatsächlich einen Vollzeitjob ausüben.

Bildung wird in Österreich weiterhin vererbt – je höher der Bildungsabschluss der Eltern, desto wahrscheinlicher ist es, dass auch das Kind gut durch die Schulzeit kommt. Wo hakt es im heimischen Schul- und Ausbildungssystem?

Wir müssen endlich anfangen, Kindergärten als Bildungsstätten zu begreifen. Momentan werden sie von vielen bestenfalls als Aufbewahrungsstätten gesehen. Vor allem für die unter Dreijährigen sind die Gruppen zu groß, die Öffnungszeiten zu kurz, und der Betreuungsschlüssel ist zu schlecht. Die Kindergärten entsprechend zu finanzieren und auszustatten wäre der

wichtigste Hebel für mehr Bildungsgerechtigkeit in diesem Land. Wir verlieren die Kinder aus bildungsfernen Familien nämlich nicht an der Uni – die kommen ja gar nicht dorthin.

„Wir haben als Angestellte mit der Person, die unser Büro putzt, viel mehr gemeinsam als mit der Person, der das Unternehmen gehört.“

Barbara Blaha,
Leiterin Momentum Institut

Wir verlieren sie schon ganz am Anfang ihrer Bildungslaufbahn, wenn sie in die Volksschule kommen und weit hinter den Kindern aus bildungsnahen Familien zurückbleiben, sowohl betreffend ihren Wortschatz, um sich auszudrücken, als auch in Hinblick auf ihre Erfahrungswerte in der Welt. Und auch in der Volksschule gäbe es so viele Möglichkeiten, es besser zu machen: von Team-Teaching bis zu mehr Sozialarbeiter:innen und Schulärzt:innen.

Stichwort Klassenkampf: Wo bildet sich dieser heute vor allem ab, und warum sind der Begriff und das Phänomen aus Ihrer Sicht aktueller denn je?

Sprechen wir darüber, was das überhaupt ist: In meiner Jugend war dieser Begriff total veraltet, der gehörte ins 19. Jahrhundert. Aber wenn man genauer hinschaut, hat sich am grundsätzlichen Widerspruch zwischen Kapital und Arbeit ja nichts geändert. Der, der seine Arbeitskraft verkaufen muss, um davon zu leben, will möglichst viel Geld für möglichst wenige Stunden Arbeit bekommen. Und der, der bezahlt, sagt, er wünscht sich möglichst viele Arbeitsstunden für möglichst wenig Geld. Dieser Widerspruch ist nur nicht mehr so sichtbar. Wir glauben fälschlicherweise, dass der subbeschäftigte, schein-selbstständige Paketbote mit dem Call-center-Angestellten, der Bäckereifachkraft oder dem Büroangestellten nichts gemeinsam hat. Tatsächlich müssen aber alle ihre Arbeitskraft verkaufen und dafür einen guten Preis erzielen. Wir sehen nur die anderen Lebensverhältnisse. Der gemeinsame Nenner ist aber immer da. Wir haben als Angestellte mit der Person, die unser Büro putzt, viel mehr gemeinsam als mit der Person, der das Unternehmen gehört. ▀

Stimmen des Betriebsrats

Die Zahl der arbeitssuchenden Menschen in Österreich stieg im Sommer 2024 deutlich an, doch der Fachkräftemangel bleibt in vielen Branchen hoch. Die Arbeit&Wirtschaft hat bei drei Betriebsratsmitgliedern nachgefragt, wie man in ihren Branchen die Arbeitsbedingungen verbessern und personelle Probleme lösen kann.

TEXT SANDRA KNOPP, UDO SEELHOFER



Mangelhafte Infrastruktur, schlechte Bezahlung, Arbeiten unter hohem Druck: Viele Unternehmensbranchen sehen sich nach den Krisenjahren mit ähnlichen Problemen konfrontiert. Einige Brennpunkte wie der bundesweite Pflege-mangel bestehen schon seit Jahren, andere werden erst durch den Generationenwechsel und Schritt für Schritt sichtbar. Wo muss eine neue Regierung hinsehen, wie kann man schnell Verbesserungen mit großer Tragweite schaffen? Die Betriebsratsmitglieder Michaela Schön, Harald Steer und Heidmarie Supper wissen, was die Belegschaft in ihren Betrieben wirklich braucht.

Michaela Schön arbeitet für einen Autozulieferer im Waldviertel, und ohne Busse geht da gar nichts: Viele junge Lehrkräfte können aufgrund des dünnen öffentlichen Verkehrsnetzes nicht in die Ausbildungsstätte kommen – ein Ausbau ist in solchen Regionen unabdingbar, um die Wirtschaft anzukurbeln. Denn neben dem Nachwuchs macht dem Betrieb derzeit auch die Rezession zu schaffen.

Harald Steer macht als Pflegekraft und Betriebsratsvorsitzender der VAMED AG gerade gegen die weitere Privatisierung des Gesundheitssektors mobil. Während das Pflegepersonal im ganzen Land fehlt, könnte die Übernahme durch einen Finanzinvestor die Arbeitsbedingungen in mehreren Gesundheitseinrichtungen weiter verschlechtern. Mehr Geld während der Ausbildung, ein höheres Grundgehalt und familienfreundlichere Arbeitszeitmodelle könnten mehr Menschen in den Pflegebereich locken, weiß Harald Steer.

Und Heidmarie Supper sieht als Betriebsrätin bei der Volkshilfe Wien deutlich, dass das Anheben des Pensionsantrittsalters der arbeitenden Bevölkerung nicht ohne gesundheitsfördernde Maßnahmen des Arbeitgebers einhergehen kann. Supper fragt sich, wie man auch bei belastenden beruflichen Tätigkeiten gesund altern kann.



OHNE BUSSE KEINE LEHRLINGE

Als Michaela Schön Anfang der 1990er-Jahre in Niederösterreich ihre Lehrausbildung als Werkzeugmacherin startete, gehörte sie zu den ersten Frauen in dem Berufsfeld. Frauen in der Technik waren damals eine Ausnahmeerscheinung. Ihren Platz in der Branche mussten sie sich erst erkämpfen. Zumindest bei Pollmann International, einem Autozulieferer im niederösterreichischen Karlstein an der Thaya, ist das gelungen – und Michaela Schön war ein Teil dieser Entwicklung.

Von der Ausnahme zur Regel

Dort hat die gebürtige Waldviertlerin 1996 begonnen. „Es ist ein Wahnsinn, wie sich der Betrieb seither entwickelt hat“, sagt sie. „Als ich vor 28 Jahren hier angefangen habe, gab es nur den Standort in Tschechien. Heute sind auch Mexiko und China dabei.“ Pollmann International hat momentan 570 Beschäftigte in Österreich, ein Drittel davon ist weiblich. Seit 2008 ist die 54-jährige Schön Mitglied im Betriebsrat. Die Mitarbeiter:innen wenden sich zu vielen Themen an sie. Eine oft gestellte Frage: Wie lässt sich die Arbeit im Schichtbetrieb mit der Pflege von Angehörigen vereinbaren? Unterstützung gibt es auch von der Arbeiterkammer, die einmal im Monat vor Ort Beratungen anbietet. Auch die Teuerung sei ein großes Thema.

*Michaela Schön, 54,
ist Betriebsratsmitglied beim
Autozulieferer Pollmann
International und arbeitet
im Waldviertel.
Sie bemüht sich seit Beginn
ihrer eigenen Berufslaufbahn,
mehr Frauen für technische
Arbeit zu begeistern.*

„Für mich ist das Zuhören und Reden mit allen Beteiligten sehr wichtig“, sagt Schön. „Ich versuche, meinen Kolleg:innen den Arbeitsalltag zu erleichtern, muss aber auch die Geschäftsführung überzeugen.“ Es brauche Kompromissbereitschaft auf beiden Seiten.

Pollmann International ist seit 135 Jahren in Familienbesitz. Lehrlinge bildet man dort in sieben Berufsfeldern aus, Behaltequote und Aufstiegschancen seien hoch. Dennoch beginnen heuer nur sehr wenige neue Lehrlinge. Unter anderem sei es laut Schön die mangelnde Infrastruktur, die im Waldviertel die Suche nach Arbeitskräften erschwere. „Im Sommer fahren nur sehr wenige Busse nach Karlstein“, sagt sie. „Viele

Lehrlinge wissen nicht, wie sie in die Firma und nach Schichtende wieder nach Hause kommen sollen. Sie müssen oft von ihren Eltern gefahren werden.“ Schön fordert deshalb einen Ausbau des öffentlichen Verkehrs.

Personal im Wandel

„Viele junge Leute wollen zudem keine Nachtschichten mehr machen, weil diese körperlich sehr anstrengend sind“, sagt sie. Andere würden wiederum in die Städte abwandern, worunter alle Betriebe in der Region leiden würden. Auch die Rezession mache der Branche zu schaffen. Es seien bereits Stellen abgebaut worden, wobei man meistens versucht habe, Kündigungen zu vermeiden und bei Pensionierungen nicht nachzubersetzen.

Michaela Schön, die heute auch den stellvertretenden Betriebsratsvorsitz innehat, ist die Frauenförderung beim Personal weiterhin ein besonderes Anliegen. Damit noch mehr junge Frauen für die Technik begeistert werden, lädt Pollmann International im Rahmen eines „Girls Day“ Schülerinnen der dritten Hauptschulklasse zu sich ein. „Unser Betriebsrat besteht zu 50 Prozent aus Frauen“, erklärt Michaela Schön stolz. „Nächsten April geht unser Vorsitzender in den verdienten Ruhestand. Dann bekommen wir vielleicht sogar eine weibliche Doppelspitze.“

KROKODILE RAUS AUS DER PFLEGE



Man könne einem Krokodil nicht vorwerfen, dass es ein Krokodil sei, sagt Harald Steer, „aber man muss es nicht im Wohnzimmer halten!“ Der 51-Jährige arbeitet als psychiatrischer Krankenpfleger und ist Betriebsratsmitglied beim Anton-Proksch-Institut. Seit über 20 Jahren ist er in dem Wiener Therapiezentrum tätig, zum Teil auch auf der Station der Suchtpsychiatrie. Zudem ist Steer Betriebsratsvorsitzender des Gesundheitskonzerns VAMED AG und hat in dieser Funktion gerade alle Hände voll zu tun.

Gesundheit im Ausverkauf

Mit dem Krokodil, von dem er spricht, meint er den französischen Finanzinvestor PAI Partners, der eine Möglichkeit sucht, Gewinne aus dem österreichischen Gesundheitssystem zu generieren. PAI kauft große Teile der VAMED auf, die Eigentümerin von mehreren Gesundheitseinrichtungen in Österreich ist. Das Anton-Proksch-Institut, das zu 60 Prozent der VAMED gehört, soll damit mehrheitlich in die Hände des Private-Equity-Fonds wandern. Die Befürchtung der Belegschaft: PAI will seine Anteile nur zur Profitmaximierung erwerben und nach einem Sparpaket gewinnbringend weiterverkaufen. Bei einer Pflegeheimkette in Deutschland wurde ein ähnliches Vorgehen

Harald Steer, 51, hat als Betriebsratsvorsitzender der VAMED eine große Verantwortung: Die Privatisierung im Gesundheitssektor schreitet voran, Pflegekräfte fürchten Einsparungen auf ihre Kosten. Steer kämpft unbeirrt für bessere Arbeitsbedingungen.

beobachtet. „Muss man diese Firmen an den österreichischen Sozialversicherungsgeldern partizipieren lassen?“, fragt Steer.

Geboren wurde Harald Steer 1973 in eine steirische Arbeiter:innenfamilie hinein. Seine Ausbildung absolvierte er auf der Baumgartner Höhe in Wien. „Schon in den 1980er-Jahren habe ich ein Gehalt bekommen, von dem ich mich selbst erhalten konnte“, erinnert er sich, was für Pflegeanwärt:innen heute nicht mehr der Fall sei. Ein höheres Ausbildungsgehalt könnte einen Umstieg in die Pflege erleichtern, sagt er.

Der Betriebsratsvorsitzende kennt die Probleme der Belegschaft. „Eine psychiatrische Krankenpflegerin schrieb mir

unlängst, dass sie uns verlässt, wenn ihre Tätigkeit auf Medikamentenausgabe und -kontrolle reduziert wird.“ Eine der größten Sorgen von vielen Pflegekräften: Die Arbeitsbereiche werden immer mehr verengt. Viele wollen den Personalmangel und die harten Arbeitsbedingungen in der Branche nicht mehr hinnehmen. Und je weniger diplomiertes Personal im Einsatz ist, desto mehr wird auf günstigere Hilfskräfte zurückgegriffen. Die hohe Personalfuktuation insbesondere im Anton-Proksch-Institut führt Steer darauf zurück, dass andere Kollektivverträge attraktiver seien. Ein:e diplomierte:r Gesundheits- und Krankenpfleger:in im 9. Dienstjahr verdiene in einer Privatkrankenanstalt wie im Anton-Proksch-Institut monatlich rund 500 Euro weniger als in einem Ordensspital. „Die eklatante Gehaltslücke muss drastisch verringert werden, um konkurrenzfähig zu bleiben“, fordert Steer. Heuer wurden bereits um 9,15 Prozent höhere Löhne und Gehälter im Kollektivvertrag ausgehandelt, die künftigen Lohnrunden würden aber nicht leichter, meint Steer. Er wünscht sich auch deshalb „einen Träger, der nach fachlichen und nicht gewinnorientierten Grundlagen Entscheidungen trifft“, und eine finanzielle Ausstattung, mit der man die Kolleg:innen endlich leistungsgerecht entlohnen kann.

ARBEIT DARF NICHT KRANK MACHEN



Heidemarie Supper stammt aus dem Burgenland und arbeitet seit rund 20 Jahren als Sozialarbeiterin. In ihrem Berufsleben hat sie schon vieles gesehen. Sie hat sich bei der Aids Hilfe Wien engagiert und in einem Frauenhaus gearbeitet. Heute unterstützt sie in der Fachstelle für Wohnungssicherung der Wiener Volkshilfe Menschen, die vor dem Verlust ihrer Wohnung stehen. Sie entwickelt mit den Klient:innen einen Haushalts- und Finanzplan und vermittelt bei Gesprächen mit Eigentümer:innen und Hausverwaltung. Das Ziel ist ein langfristiger Wohnungserhalt.

Fit in die Pension

Die Arbeit im Sozialbereich, in dem mehrheitlich Frauen arbeiten, sei physisch und psychisch herausfordernd, sagt Supper und verweist auf die vergleichbare Situation in der Pflege. Seit 2008 ist die 47-Jährige bei der Volkshilfe, seit 2017 Mitglied des Betriebsrats. „Mir gefällt es, wenn mir Kolleg:innen aus der sozialen Arbeit und aus der Pflege von ihrem Arbeitsalltag erzählen und ich mir überlegen kann, was sich verbessern lässt“, sagt Supper. Ein Schwerpunktthema ist die Frage, wie man im Job gesund altern kann. Das Pensionsantrittsalter von Männern liegt bei 65 Jahren. Bei Frauen lag es bisher bei 60, wird aber bis 2033 Schritt für Schritt auf 65

Heidemarie Supper, 47, hat den Sozialbereich aus unterschiedlichen Perspektiven kennengelernt. Sie weiß, wie anstrengend soziale Arbeit für Körper und Geist sein kann, aber auch, wie man hier unkompliziert für Entlastung sorgen könnte.

angehoben. „Es reicht nicht, nur aufzuschreiben, dass das Pensionsalter steigen muss, um das System zu finanzieren“, sagt Heidemarie Supper. „Es muss auch überlegt werden, wie man so lange arbeiten kann, ohne kaputtzugehen.“ Dafür brauche es im Sozial- und Pflegebereich konkrete Maßnahmen, zum Beispiel einen Rechtsanspruch auf Sabbaticals oder Bildungskarenz, um nach diesen Auszeiten wieder mit neuer Kraft in den Beruf zurückkehren zu können. Auch Altersteilzeitmodelle könnten helfen, stattdessen würde die geblockte Altersteilzeit seit heuer aber schrittweise abgeschafft. Eine Verkürzung der Arbeitszeit auf 35 Stunden würde die Berufslast erleichtern, außerdem fordert

Supper ein höheres Grundgehalt und die Anrechnung von Vordienstzeiten in voller Höhe. Momentan werden im Kollektivvertrag für die Sozialwirtschaft (SWÖ-KV) nur zehn Jahre angerechnet. Auch die Schmutz-, die Erschwernis- und die Gefahrenzulage sollten laut der Betriebsrätin leichter zugänglich werden. Es bräuchte gesundheitsfördernde Angebote und eine Kombination aus höheren Grundgehältern und Zulagen, wie zum Beispiel Beiträgen zum Mittagessen oder bezahlten Fortbildungen, damit Kolleg:innen mit ihrem Gehalt besser auskommen können.

Ausbildung regeln

Heidemarie Supper kritisiert, dass es bis heute kein Berufsgesetz der sozialen Arbeit gibt. In ganz Österreich stünden diese Berufe auf der Mangelberufsliste. Es brauche mehr Ausbildungsplätze und Bemühungen, Menschen langfristig im Job zu halten. Mit Blick auf die Wahlen im Herbst betont Supper die Bedeutung eines starken Sozialstaats. „Hände weg von populistischen Forderungen wie der Senkung der Lohnnebenkosten!“, warnt sie. Unternehmen würden dadurch zwar profitieren, doch die Arbeitnehmer:innen nicht, fließen diese Gelder doch in Familienleistungen, Pensions- und Arbeitslosenversicherung mit ein. ▀

Vermögensberatung in Zivil

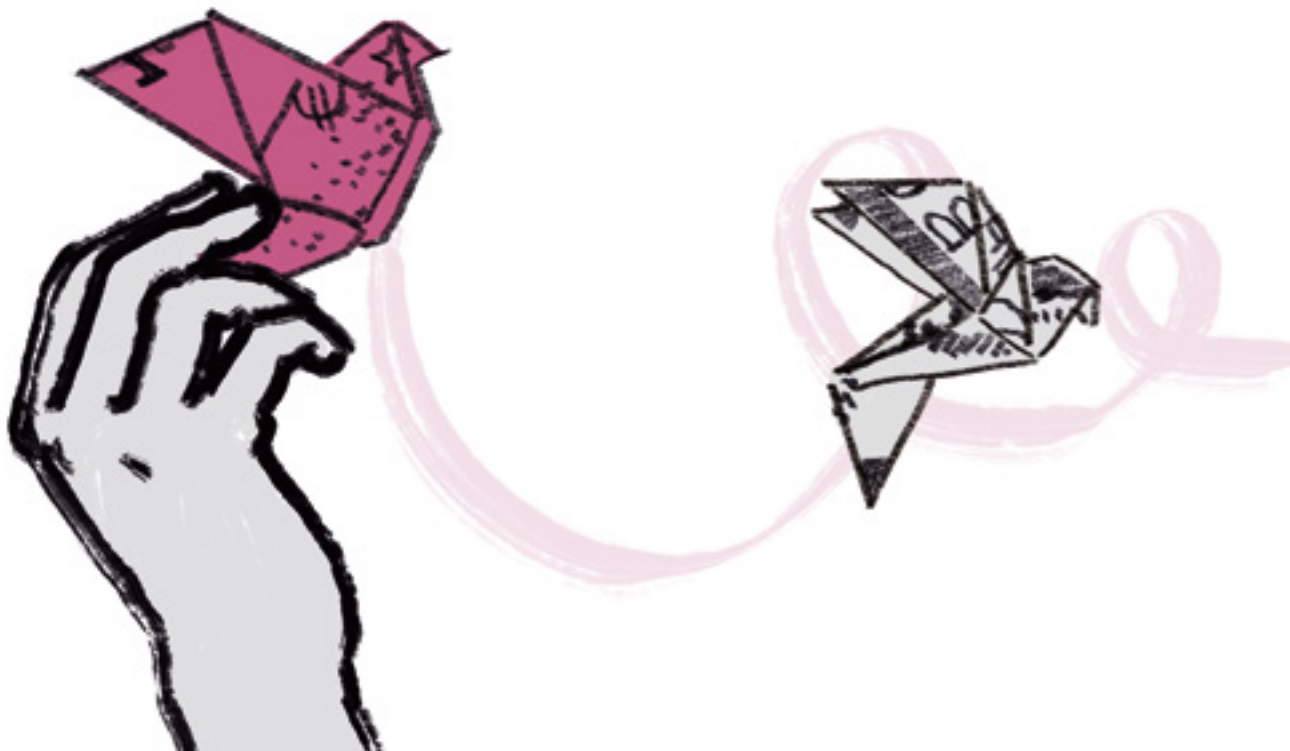
Marlene Engelhorn ließ der österreichischen Gesellschaft 25 Millionen Euro aus ihrem Erbe zukommen. Der Gute Rat entschied, welche Vereine und Initiativen damit begünstigt werden. Wie das Vorhaben zur Aufklärung bezüglich Vermögensungleichheit in Österreich beigetragen hat, weiß Projektleiterin Alexandra Wang.

TEXT CHRISTIAN DOMKE-SEIDEL

Einer der entscheidenden Punkte beim Guten Rat für Rückverteilung war, dass Marlene Engelhorn sich nicht eingemischt hat – mehr noch: sich nicht einmischen wollte. Die Millionenerbin stellte 90 Prozent ihres Vermögens zur Verfügung, um es so rückzuverteilen, wie es ein Abbild der österreichischen Bevölkerung für richtig hält – natürlich ohne dass dabei verfassungswidrige, lebensfeindliche oder menschenverachtende Ziele oder Parteien unterstützt werden, womit die Vorgaben aber auch schon vollständig aufgelistet sind. Damit die 50 für diese verantwortungsvolle Aufgabe ausgewählten Bürger:innen das nach bestem Wissen und Gewissen tun konnten, schufen ihnen die Organisator:innen

ein Umfeld, in dem sie sich wohlfühlten. Manche Teilnehmer:innen brauchten Dolmetscher:innen, andere persönliche Assistenz oder einen Rückzugsort. Aber das müsse so sein, wenn man alle hören und inklusiv sein will.

Nur so gelang, was der Gute Rat sich vorgenommen hatte. Da wäre erstens das Plakative: 25 Millionen Euro an die Zivilgesellschaft verteilen. Nach sechs Wochenenden stand das Ergebnis fest: Das Geld ging an insgesamt 77 verschiedene Organisationen. So unterstützte der Bürger:innenrat ein breites Spektrum wohltätiger Einrichtungen – von der Lebenshilfe über das Neunerhaus bis hin zu inklusiven Fußballvereinen. Der zweite Punkt ist, dass ein Mo-



dell für gelebte Demokratie entstand. Alexandra Wang war Projektleiterin des Guten Rats. Zuvor arbeitete sie im Bereich Fundraising beim Momentum Institut und davor im Diversity Management der Erste Group. Sie erzählt im Interview mit der Arbeit&Wirtschaft, dass ihr die Tränen gekommen seien, weil Menschen aus dem Rat ihr schilderten, sie hätten zum ersten Mal das Gefühl, wirklich gehört zu werden. „Wir haben vom Anfang bis zum Ende alles versucht, damit sich die Ratsmitglieder wohlfühlen und wir einen inklusiven Rahmen bieten. Das war eine große Herausforderung, hat aber auch maßgeblich zum Erfolg beigetragen“, so Wang. Drittens gelang, was Initiatorin Marlene Engelhorn als Ziel vorgegeben hatte: Themen wie Vermögensungleichheit, faire Besteuerung und eine gerechte Verteilung in die Öffentlichkeit zu tragen – und damit auch Aufklärung über Vermögen und Armut zu betreiben.

In Österreich ist das auch dringend notwendig. Laut dem Distributional Wealth Account der EZB ist nirgendwo im Euroraum das Vermögen so ungleich verteilt wie hierzulande: Die reichsten 5 Prozent der Haushalte besitzen 55 Prozent des Gesamtvermögens. Die ärmere Hälfte der Bevölkerung besitzt gerade einmal 2,8 Prozent.

Kluft zwischen Arm und Reich

Eine einfache Rechnung verdeutlicht, wie ungleich dieses Geld wirklich verteilt ist. Teilt man Österreichs Nettovermögen durch die Zahl der Einwohner:innen, so müsste jeder Mensch hierzulande etwa 250.000 Euro besitzen. Dass es in der Realität nicht so ist, liegt an den statistischen Ausreißern an der Vermögensspitze. Stellt man alle Einwohner:innen nämlich in einer langen Reihe nach Ausmaß ihres Hab und Guts auf, besitzt die Person in der

Mitte gerade noch 83.000 Euro – und das sind Pensionsrücklagen oder ein Auto, aber keine Immobilie.

Und selbst diese Zahlen sind mit Vorsicht zu genießen. Denn während das Vermögen von armen Menschen bei Steuerprüfungen oder der Vergabe von Sozialleistungen genauestens durchleuchtet wird, fehlt es der Wissenschaft (und dem Staat) schlichtweg an verlässlichen Vermögensdaten von Superreichen. Dass hier etwas nicht stimmt, ist den Menschen in Österreich klar. Eine stabile Mehrheit von 75 Prozent hält die Vermögensverteilung für ungerecht.

Kompromisse finden

Doch um 25 Millionen Euro gerecht zu verteilen, muss die Diskussionsgrundlage breiter sein. „Dank der vielen Expert:innen, die wir hatten, gab es einen enormen Wissenstransfer, der dazu geführt hat, dass die Mitglieder des Guten Rats auf einem ähnlichen Wissensstand sind“, sagt Alexandra Wang. „Damit hatten wir eine Grundlage, auf der wir aufbauen konnten.“ So wurde beispielsweise ein Workshop zum Thema Gerechtigkeit abgehalten. Dabei erarbeiteten die Teilnehmer:innen die Unterschiede zwischen dem Leistungs-, dem Bedarfs- und dem Wohlfahrtsprinzip. Sie entwickelten außerdem ein eigenes Konzept davon, wie eine gerechte Gesellschaft aussehen sollte.

In einem „Mini-Österreich“ ist das nicht leicht, wie Wang schildert. „Das sind 50 verschiedene Personen mit 50 verschiedenen Lebenserfahrungen und Wünschen für unterschiedliche Initiativen. Da gab es immer mal Widerspruch, der dann ausdiskutiert wurde.“ Tatsächlich sei der Umgang trotz aller Meinungsverschiedenheiten stets von Respekt geprägt gewesen – so sehr, dass der Wunsch nach Austausch weit über sechs anstrengende Workshops hinausging. „Das Schöne waren die Kamingsgespräche mit den Expert:innen. Die Leute hatten einen anstrengenden Tag hinter sich, wollten aber noch bis spätabends diskutieren, plaudern und sich austauschen“, sagt Wang.

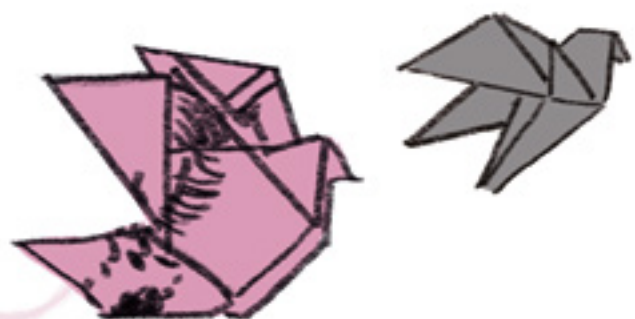
Mitten in diesem Wirbelwind der Aufklärung steht Marlene Engelhorn. Sie ist eine entfernte Nachfahrin von Friedrich Engelhorn, der im Jahr 1865 das Chemieunternehmen BASF gegründet hatte. Auch der pharmazeutische Betrieb Boehringer Mannheim

Potenzielle Einnahmen aus einer Erbschaftsteuer in Österreich in Euro

Quelle: AK/Joint Research Center

1,2 - 2,4 MRD.

PRO JAHR





Wie sich 50 Personen bei der Aufteilung eines Millionenbetrags einig werden können, hat Alexandra Wang als Projektleiterin des Guten Rats erlebt.

war einmal im Familienbesitz, bis er 1997 für elf Milliarden Dollar verkauft wurde. Als Gertraud Engelhorn-Vechiatto, Engelhorns Großmutter, im Jahr 2022 starb, hinterließ sie ihr eine stattliche Summe. Zum Zeitpunkt ihres Todes führte das Wirtschaftsmagazin „Forbes“ Gertraud Engelhorn-Vechiatto auf Platz 687 der reichsten Menschen der Welt.

Marlene Engelhorn erklärte bald darauf öffentlich, dass sie 90 Prozent der geerbten Summe verschenken wolle. „Mein Reichtum wurde angehäuft, noch bevor ich auf die Welt gekommen bin. Angehäuft wurde er, weil andere Menschen die Arbeit gemacht haben, aber meine Familie das Eigentum am Unternehmen und somit alle Ansprüche auf die Früchte dieser Arbeit mitunter steuerfrei vererben konnte“, kommentierte sie den Schritt im Mission-Statement des Guten Rats. Parallel setzt sie sich seither für die Wiedereinführung einer Erbschaft- und Vermögensteuer ein.

Vermögen-, Erbschaft- und Schenkungsteuer gelten als zentrale Mittel, um die Vermögensungleichheit zu reduzieren. Sie verteilen Geld direkt von oben nach unten. Eine Vermögensteuer gab es in

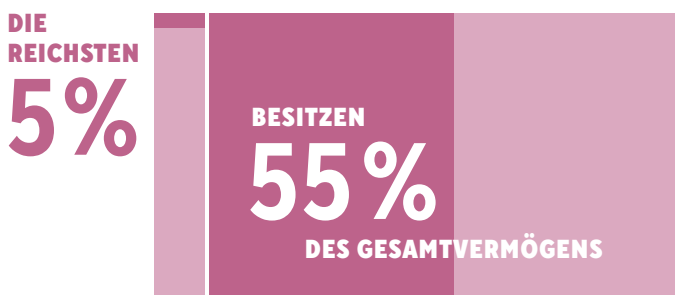
Österreich bereits von 1955 bis 1993. Die Erbschaft- und Schenkungsteuer wurde 2008 abgeschafft. Zusätzlich zu diesen bekannten Steuern schlägt die Oesterreichische Nationalbank außerdem eine sogenannte Bodenrente vor. Hintergrund ist, dass öffentliche Güter wie Infrastruktur (etwa eine neue U-Bahn-Station in der Nähe) den Wert von Immobilien steigern, ohne dass deren Besitzer:innen etwas dafür tun müssen.

Eine Studie der Organisation Oxfam kommt zu dem Ergebnis, dass in Österreich ohne die Gelder aus der Kapitalertragsteuer gerade einmal 1,5 Prozent des Steueraufkommens von Vermögen herrühren – im globalen Durchschnitt sind es immerhin 4 Prozent. Marlene Engelhorn im Mission-Statement dazu: „Unser Steuersystem bevorzugt ausgerechnet die, die ohnehin im Überfluss leben: Arbeit wird hoch besteuert, Vermögen niedrig bis gar nicht. Wenn die Politik versagt, muss man sich selbst darum kümmern. Wenn die Politik nicht dafür sorgt, dass Überreichtum in der Gesellschaft umverteilt wird, dann müssen wir den Finger in die Wunde legen.“ Und das bedeute, dem Thema die Aufmerksamkeit zu verschaffen, die es verdiene.

Projektleiterin Wang glaubt, dass dem Guten Rat das geglückt ist. Es gehe dahin gehend ein Ruck durch die Gesellschaft: „Ich beobachte die Diskussion zur Vermögen- und Erbschaftsteuer seit zwei Jahren. Ich habe das Gefühl, dass immer mehr darüber berichtet wird und es immer mehr Studien zu dem Thema gibt“, sagt sie. „Die Zahnräder greifen hier immer mehr ineinander.“

Vermögensverhältnisse in Österreich

Quelle: EZB



& INFO

So haben die Parteien geantwortet:

Ist Ihre Partei für die Einführung einer „Millionärssteuer“, also einer Steuer auf Vermögen ab einer Million Euro?



Was bedeutet dir deine erste Nationalratswahl?

Am 29. September entscheiden die Österreicher:innen bei der Nationalratswahl über die Zukunft des Landes. Besonders spannend wird das für jene, die zum ersten Mal mitbestimmen dürfen. Drei Jugendvertrauensratsmitglieder teilen ihre Gedanken über ihre erste Nationalratswahl mit uns.

Recherche – Vanessa Kovar



JAKOB FIALA

VORSITZENDER DES JUGENDVERTRAUENS RATES DER WIENER NETZE

Ich bin Erstwähler und empfinde diese Nationalratswahl als eine der wichtigsten überhaupt. Es geht um jede einzelne Stimme, denn jede Stimme zählt in unserer Demokratie. Angesichts des aktuellen Weltgeschehens ist es dringender notwendig denn je, dass wir unsere Meinung äußern und für die Zukunft unseres Landes eintreten. Ich hoffe, dass viele junge Menschen diese Chance nutzen und zur Wahl gehen.



JULIA MIKLAS

MITGLIED DES JUGENDVERTRAUENS RATES DER ÖBB

Für mich symbolisiert meine erste Wahl die Fähigkeit, selbstbestimmt Entscheidungen zu treffen, und ein Stück weit das Erwachsenwerden. Es ist das erste Mal, dass ich in einer so wichtigen Angelegenheit selbst für die Werte stimmen kann, die mir wichtig sind und die ich unterstützen möchte. Es ist ein bedeutender Schritt für uns alle, die eigene Stimme und Meinung innerhalb der Demokratie einzubringen.



JONAS SORKO

VORSITZENDER DES JUGENDVERTRAUENS RATES DER WMA WOLKERSDORF

Ich hatte immer schon ein gutes Verständnis für Politik, weil es mich von klein auf interessiert hat, was sich in Österreich tut. Die erste Wahl ist ein bedeutender Meilenstein im Erwachsenwerden: Wir beginnen, die Gesellschaft aktiv mitzugestalten, und setzen uns für unsere Interessen ein. Jede Stimme beeinflusst die Entwicklung unseres Landes. Nur wer wählt, kann Veränderung bewirken!

Wenn Rechtspopulist

Was es bedeutet, wenn Rechtspopulist:innen und Nationalist:innen in die Regierung kommen, zeigt sich in Finnland, Italien und Ungarn. Der Rechtsruck in diesen Ländern hatte mitunter politische Angriffe auf das Streikrecht, Druck auf die Gewerk-



FINNLAND

Seit 2023: Regierung mit „Die Fin

- Angriffe auf das Streikrecht und den K
- Vor 2023 haben Gewerkschaften und A mitverhandelt und so für den sozialen A Die Stimme der Beschäftigten wird nun wenn die Regierung Gesetze plant.



ÖSTERREICH

Von 2017 bis 2019: Regierung mit der B

- 60-Stunden-Woche gegen den Willen der B
- 12-Stunden-Tag wieder möglich
- Ibiza-Skandal: FPÖ wollte mit Steuergeldern missbrauch betreiben
- Steuergeschenke für Konzerne und Vermö
- Einsparungen bei Krankenkassen und Soz
- Pensionsbegünstigungen für Schwerarbei

t:innen mitregieren...

schaften und eine Kürzung von Sozialleistungen zur Folge. Österreich ist von einer rechtspopulistischen Regierung zum Beispiel der 12-Stunden-Tag geblieben. Wir sehen: Wer den Demagog:innen auf den Leim geht, erlebt oft ein böses Erwachen.

ITALIEN

Seit 2022: Regierung mit Fratelli d'Italia & Lega

- Angriffe auf das Streikrecht
- Abbau des Sozialstaats
- Grundsicherung für die Ärmsten im Land radikal reduziert
- Beschäftigte haben weniger Kündigungsschutz
- Unverhältnismäßige Steuerlast auf Angestellten und Pensionist:innen

UNGARN

Seit 2010: Regierung mit Fidesz

- Streikrecht eingeschränkt
- Tarifautonomie staatlich untergraben
- Finanzielle Schikanen gegen Gewerkschaften
- Urlaubstage gekürzt
- Schichtzulagen geschmälert
- Kündigungsschutz bei Erwerbsunfähigkeit gelockert
- Überstunden pro Jahr von 250 auf 400 ausgeweitet, Auszahlung darf bis zu drei Jahre verzögert erfolgen
- Rechtshilfen bei unzulässigen Entlassungen für Schwangere oder Frauen mit Kleinkindern untersagt

Widerstand aus dem Exil

Der Einsatz für eine Gewerkschaft ist keine Selbstverständlichkeit und mancherorts gefährliches Terrain. Was es für Folgen haben kann, sich in Diktaturen wie Myanmar oder Belarus für Arbeiter:innenrechte einzusetzen, berichten zwei Frauen, die deswegen fliehen mussten.

TEXT MILENA ÖSTERREICHER

Khaing Zar Aung streckte an jenem Abend im Juni, als sie in Oslo mit dem internationalen Arthur-Svensson-Preis für Gewerkschaftsrechte ausgezeichnet wurde, drei Finger in die Höhe. Es ist das Zeichen des Widerstands gegen das Militärregime Myanmars. „Wir kämpfen nicht nur für unsere Rechte und Freiheiten, sondern für das Wesen der Demokratie“, sagte die Gewerkschaftsführerin. Khaing Zar Aung ist eine Schlüsselfigur des Gewerkschaftsbundes „Confederation of Trade Unions of Myanmar“ (CTUM) sowie der „Industrial Workers’ Federation of Myanmar“ (IWFEM).

Im Februar 2021 putschte sich das Militär in Myanmar an die Macht und stürzte die damalige Regierung. Die Gewerkschaften waren von Beginn an Teil der Widerstandsbewegung. „Wir protestierten und trugen dazu bei, dass Hunderttausende auf die Straße gingen und sich uns anschlossen“, erzählt Khaing Zar Aung. Seither befindet sich das Land im Bürgerkrieg. Laut UNO wurden mehr als drei Millionen Menschen innerhalb Myanmars vertrieben. Die Militärjunta verhaftete, folterte, tötete bis heute Tausende Menschen und erließ Haftbefehle gegen führende Gewerkschaftsmitglieder wie Khaing Zar Aung.

Seither lebt die 40-Jährige in Deutschland und macht auf die Lage der Menschen in Myanmar aufmerksam – besonders auf die der Arbeiter:innen in den Textilfabriken, in denen sie selbst als junge Frau arbeiten musste. „Die Menschen verdienen rund 1,50 US-Dollar pro Tag und arbeiten dafür bis zu 16 Stunden“, erzählt sie. Die Gewerkschaften sind in Myanmar seit dem Militärcoup 2021 generell verboten. Durch sie erkämpfte Standards wie ein freier Tag pro Woche oder bezahlte Urlaubstage gehören der Vergangenheit an.

Einige europäische Modemarken produzieren ihre Kleidung noch immer in Myanmar und profitieren von den desaströsen Arbeitsbedingungen. Khaing Zar Aung appelliert an internationale Unternehmen, sich von dort zurückzuziehen, und fordert die Euro-

päische Union auf, alle Handelsvorteile für Myanmar, die etwa dem sogenannten „Alles außer Waffen (EBA)“-Abkommen entspringen, das dem Land seit 2001 einen zollfreien EU-Zugang zu fast allen Produkten außer Waffen und Munition ermöglicht, zu streichen.

Khaing Zar Aung sammelt mit ihrem Team Beweise für Arbeitsrechtsverstöße wie unterlassene Lohnzahlungen. Im vergangenen Jahr setzte die Internationale Arbeitsorganisation (ILO) eine Untersuchungskommission ein, um Zwangsarbeit und die Verletzung der Versammlungs- und Vereinigungsfreiheit in Myanmar zu untersuchen. Ihr Bericht bestätigte, dass die Militärbehörden ihre Verpflichtungen aus den entsprechenden ILO-Übereinkommen verletzt hatten. Khaing Zar Aung hofft auf deutliche Schritte der Staatengemeinschaft.

„Wir werden eine neue demokratische Gesellschaft in Belarus aufbauen, die auf den Prinzipien sozialer Gerechtigkeit und menschenwürdiger Arbeit beruht.“

Lizaveta Merliak, Gewerkschafterin aus Belarus

Viele Unterdrückungsmechanismen

Mehr Druck aus dem Ausland erhofft sich auch Lizaveta Merliak. Seit über zwölf Jahren arbeitet die 45-Jährige für die unabhängige Gewerkschaft der Bergbau- und Chemiearbeiter:innen in Belarus. In dem Land gab es zwei Gewerkschaftsbünde: die „Federation of Trade Unions of Belarus“, die als regierungsnah gilt, sowie



den „Belarusian Congress of Democratic Trade Unions“, zu dem auch Merliaks Gewerkschaft zählt.

Bei der Präsidentschaftswahl 2020 wurde der amtierende Machthaber Alexander Lukaschenko im Amt bestätigt. Unabhängige Wahlbeobachter:innen sprachen allerdings von einer manipulierten „Scheinwahl“, unter anderem, weil Oppositionskandidat:innen ausgeschlossen waren. Bei den danach aufkommenden Massendemonstrationen riefen auch die unabhängigen Gewerkschaften zum Protest auf. Dieser wurde jedoch brutal niedergeschlagen, zahlreiche Menschen wurden verhaftet und gefoltert.

„Viele Arbeiter:innen schlossen sich zu dieser Zeit unserem unabhängigen Gewerkschaftsbündnis an“, erzählt Lizaveta Merliak. Doch der Gegenschlag der Regierung und der regierungsnahen Gewerkschaft kam schnell. „Sie drohten den Arbeiter:innen damit, dass sie ihre Jobs verlieren würden. Sie dürften nicht streiken, weil sonst noch ihre Enkelkinder den wirtschaftlichen Schaden persönlich abbezahlen müssten.“

Als sich der unabhängige Gewerkschaftsbund im Frühjahr 2022 auch noch öffentlich gegen den russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine aussprach, war für die Regierung endgültig Schluss. Gewerkschaftsführer:innen und Aktivist:innen wurden festgenommen. „Der belarussische Geheimdienst KGB begann, die Gewerkschaftsleute nacheinander zu befragen“, berichtet Merliak. Sie wusste, dass sie auch bald an der Reihe sein würde, und so schnappte sie ihre damals einjährige Tochter und ihren fünfjährigen Sohn und ging nach Deutschland. Im Juli 2022 wurden die unabhängigen Gewerkschaften verboten, nachdem ein Gerichtsurteil sie als extremistische Organisationen klassifiziert hatte.

Seither versuchen Lizaveta Merliak und sechs ihrer Kolleg:innen, mit der Exil-Organisation „Solidarnast“ die in Belarus verbliebenen Gewerkschafter:innen zu unterstützen. Von der ILO wurden

bereits in der Vergangenheit Empfehlungen an die belarussische Regierung ausgesprochen, unter anderem, den Arbeiter:innen Versammlungsfreiheit zu gewähren. Im Vorjahr leitete die Organisation eine Untersuchung wegen der anhaltenden Missachtung von Arbeitnehmer:innenrechten und der Verhaftung zahlloser Gewerkschafter:innen ein. Diese bestätigte die Verletzung der Rechte.

Die möglichen Schritte der ILO-Mitgliedsstaaten können nun von wirtschaftlichen Sanktionen bis zur Unterstützung der Verfolgten reichen. „Wir kämpfen seit einem Jahr intensiv darum, dass die internationale Gemeinschaft das belarussische Regime dazu bewegt, die politischen Gefangenen aus der Haft zu entlassen“, sagt Merliak. Einige ihrer ehemaligen Kolleg:innen, die zu niedrigen Strafen verurteilt worden waren, seien in der Zwischenzeit freigekommen, aber viele würden noch immer in Haft sitzen.

Diktaturen fallen

Wenn der Ausweg weit weg scheint, denkt Lizaveta Merliak an Dan Gallin, den ehemaligen Generalsekretär der Internationalen Union der Lebensmittel- und Genussmittelarbeiter, und sein Motto. Er sei immer überzeugt gewesen, dass die Geschichte der Arbeiter:innenbewegung zeige, dass alle Diktaturen irgendwann fallen – egal, wie schrecklich sie aussehen mögen. „Auch unsere Diktatur wird eines Tages fallen“, sagt Merliak. „Wir werden eine neue demokratische Gesellschaft in Belarus aufbauen, die auf den Prinzipien sozialer Gerechtigkeit und menschenwürdiger Arbeit beruht.“

Und während nun im September die Österreicher:innen die Möglichkeit haben, bei freien Wahlen ihre Stimme abzugeben, kämpfen Gewerkschafter:innen wie Khaing Zar Aung und Lizaveta Merliak weiter beharrlich für die Menschen und die Demokratie in ihren Ländern – nun aus dem Exil. ▀

Graz macht's vor

Der Grazer Klimaschutzplan erstreckt sich über 180 Seiten und ist eines der ambitioniertesten klimapolitischen Vorhaben in Österreich. Doch Papier ist geduldig – und die Grazer:innen schätzen ihre Parkplätze.

TEXT JOHANNES GRESS

Als vor sieben Jahren die Bagger anrollten, zweifelten Antje und Eveline: noch ein Wohngebiet, noch mehr verbaute Fläche, noch weniger Bäume. Früher seien hier die Enten in den Laken geschwommen. Auch die Bäume, die teils schon 100 Jahre alt gewesen seien, mussten hier im Grazer Westen den Hochhäusern des Stadtentwicklungsgebietes Reininghaus weichen, erinnern sich die beiden Anfang 60-jährigen Pensionistinnen. Antje und Eveline haben ihren Mittagsspaziergang unterbrochen und auf einer schattigen Bank im Reininghauspark Platz genommen. Ihr Ärger von einst hat sich verflüchtigt.

Die Grazer:innen leiden mehr und mehr unter extremer Hitze, heißen Nächten und Extremwetterereignissen wie Stark-

regen oder Trockenperioden. Weltweit hat sich die Durchschnittstemperatur im Vergleich zum Jahr 1880 um rund 1,3 Grad Celsius erhöht. In der Stadt Graz wurde allein seit Beginn des neuen Jahrtausends ein Temperaturanstieg von 1,4 Grad gemessen. Das „Gegenmittel“ umfasst 180 Seiten und nennt sich „Klimaschutzplan Graz“. In dem Dokument sind sämtliche Einzelmaßnahmen der Vergangenheit erfasst, etwa aus den Bereichen Verkehr, Industrie, Energie oder Gebäude, sowie neue Aktionspläne eingearbeitet, die der Stadt den Weg in eine klimaschonende Zukunft ebnen sollen.

Der Klimaschutzplan sieht vor, die Emissionen der Stadt und ihrer knapp 300.000 Bewohner:innen bis 2030 möglichst auf (netto) null zu reduzieren und

gleichzeitig die Lebensqualität zu erhalten. Wie das funktionieren soll, lässt sich im Stadtentwicklungsgebiet Reininghaus beobachten, einem der Leuchtturmprojekte des Masterplans. 2013 wurde das Projekt im Gemeinderat genehmigt, 2017 startete der Bau, bis 2025 sollen hier 10.000 Menschen leben. Die Wohnungen des Areals werden mit Industrieabwärme beheizt und über hauseigene PV-Anlagen mit Strom versorgt. In den Erdgeschoßen der Wohnanlage gibt es Nahversorger, ein Ärzt:innenzentrum, einen Kindergarten, Cafés. Im drei Hektar großen Reininghauspark sorgen Bäume und ein Teich für Kühlung.

Reizthema Auto

Seit einem knappen Jahr leben auch Sandi und Igor hier. Sie schieben gerade ihr sieben Monate altes Baby durch den Reininghauspark. Beim Thema Klimaschutz geben sie sich wortkarg, mit diesen Dingen würden sie sich nicht viel beschäftigen. Igor stört sich vor allem an den fehlenden Parkplätzen. „Das ist ein Problem“, betont er wiederholt. Denn Platz für Pkws gibt es hier kaum, auch

Strom aus Sonnenenergie, Heizen mit Abwärme: Das Stadtviertel Graz-Reininghaus ist ein Langzeitprojekt aus dem städtischen Klimaschutzplan.





Bewohner:innen wie Igor und Sandi bekommen eine Öffi-Jahreskarte bezahlt, aber mehr Parkplätze wünschen sie sich dennoch.

Zahlreiche Flächen in Graz wurden bereits entsiegelt. „Es ist ein Kampf um jeden Parkplatz“, sagt Werner Prutsch vom Umweltamt.

das ist Teil des Konzepts. Stattdessen erhalten die Bewohner:innen im ersten Jahr ein kostenloses Öffi-Ticket, Straßenbahn und Bus halten direkt vor der Anlage. Von der Parkplatzproblematik abgesehen fühlten sie sich daher sehr wohl in Graz-Reininghaus, betonen Sandi und Igor. Sie schätzen die Natur, das Öffi-Angebot, die Nähe zum Stadtzentrum und ihre Wohnung, die günstig und trotz Hitze angenehm kühl sei. „Super, super“, strahlt Sandi.

Werner Prutsch kennt die Parkplatzproblematik nur zu gut. Der promovierte Chemiker ist eine Art Urgestein des Grazer Umweltamtes, seit 34 Jahren arbeitet er in der Stadtverwaltung, seit 2008 ist er Abteilungsvorstand, an der Ausarbeitung des Grazer Klimaschutzplans war er federführend beteiligt. Auf dem Besprechungstisch in seinem Büro liegt ein kleiner Würfel gefüllt mit Fäden, „Geduldsfäden“, sagt Prutsch, ein Geburtstagsgeschenk einer Kollegin. Denn Geduld kann er brauchen. Prutsch brachte gut drei Jahrzehnte fachliche Expertise in den Klimaschutzplan ein – die nicht selten mit anderweitigen Interessen kollidiert.

In den vergangenen Jahren wurden quer durch die Stadt zahlreiche Bäume gepflanzt, viele Flächen entsiegelt – „und es ist ein Kampf um jeden Parkplatz, mit Zähnen und Klauen“, klagt Prutsch. Gerade das Auto sei ein „politisch heikles Thema“, bei

dem oft Kompromisse eingegangen werden müssten, die er aus naturwissenschaftlicher Sicht eigentlich nicht gutheißen könne.

Trotzdem plädiert Prutsch dafür, möglichst viele Leute mit ins Boot zu holen. „Man muss aufpassen, dass nicht irgendeine elitäre Gruppe einfach einen Plan erstellt, in der Überzeugung, sie weiß das alles, sie kann das alles“, mahnt er. Um ein Konzept umzusetzen, müssten die Betroffenen miteinbezogen werden: Unternehmer:innen, Arbeitende, Wohnbauträger:innen, Anrainer:innen – sie bringen Erfahrungen mit, die kein Expert:innengremium der Welt zusammenbringt, ist Prutsch überzeugt. Ihr Know-how finde sich im Plan wieder, nicht nur pro forma, sondern in Form „echter Partizipation“, wie Prutsch betont.

Chronisch knapp bei Kasse

Gemeinden zählen zu den wichtigsten Akteur:innen beim Klimaschutz, sie haben zahlreiche Hebel, mit denen sie Maßnahmen direkt vor Ort umsetzen können. Doch sie sind in Österreich chronisch unterfinanziert. Laut einer Umfrage der Fachhochschule Kärnten, die Anfang des Jahres im Auftrag des Österreichischen Gemeindebundes durchgeführt wurde, klagten rund drei Viertel der Bürgermeister:innen über Finanzprobleme. Graz ist da keine

Ausnahme, Ende vergangenen Jahres beliefen sich die Nettoschulden der Stadt auf gut 1,5 Milliarden Euro. Das Zauberwort, das sich im „Klimaschutzplan Graz“ immer wieder findet, lautet „Kosten-Nutzen-Analyse“: Wo lassen sich mit möglichst wenig Geld möglichst viel Emissionen einsparen?

Wenn die Stadt Fahrzeuge der Flughafenfeuerwehr durch E-Fahrzeuge ersetzt, dann kostet die Einsparung einer Tonne CO₂ 12.000 Euro. Bei der Förderung von Sonnenstrom auf Grazer Balkonen hingegen betragen die „CO₂-Vermeidungskosten“ nur 300 Euro je Tonne, bei der thermischen Sanierung einer Feuerwache 200 Euro. Laut Berechnungen aus dem März 2023 verursacht der Klimaschutzplan der Stadt bis 2030 Mehrkosten von rund 371 Millionen Euro. Beginnen will die Stadt bei den Maßnahmen mit den geringsten „CO₂-Vermeidungskosten“. Die Errichtung von PV-Anlagen und Gebäudesanierungen stehen auf der Klima-To-do-Liste der Stadt daher ganz oben.

Die Pensionistinnen Antje und Eveline kommen mittlerweile fast jeden Tag in den Reininghauspark. „Meine Meinung hat sich geändert“, sagt Antje. Den 100-jährigen Bäumen trauert sie bis heute nach, trotzdem sei es „erstaunlich grün“ – grüner, als sie das anfangs für möglich gehalten habe. „Eine ganz klasse G’schicht“, ergänzt Eveline. ▀

Applaus ohne Nachhall

Die Republik steuert auf einen gravierenden Pflegenotstand zu. Die Reformversuche der aktuellen Regierung waren ein Schritt in die richtige Richtung, aber bei Weitem nicht genug. Eine Arbeitszeitverkürzung, der Ausbau der mobilen Pflege und viele weitere Maßnahmen könnten den Beruf attraktivieren und Pflegekräften dabei helfen, der Fürsorge für andere wieder in vollem Ausmaß gerecht zu werden.

TEXT SOPHIA FIELHAUER UND CHRISTIAN RESEI

Zu pflegen bzw. gepflegt zu werden ist eine herausfordernde Situation für beide Seiten – oft über viele Jahre hinweg. Die eigene Selbstständigkeit zu verlieren, auf Hilfe angewiesen zu sein, fremden Menschen vertrauen zu müssen: Pflegebedürftigkeit führt zu einem empfindlichen Eingriff in die Intimsphäre der Betroffenen. Auf der anderen Seite bedeutet die Pflegetätigkeit, tagtäglich den körperlichen und geistigen Verfall eines Menschen zu begleiten – eine aufreibende, physisch und psychisch belastende Arbeit. Mit diesem lebensverändernden Einschnitt müssen sich immer mehr Menschen in Österreich auseinandersetzen. Schließlich wird 2035 jede:r vierte Bürger:in (aktuell nur jede:r fünfte) über 65 Jahre alt sein, das hat die Statistik Austria errechnet. Damit wird zum einen die Zahl der pflegebedürftigen Personen steigen, gleichzeitig gehen viele Betreuer:innen in Pension.

Die große Pflegelücke

Bereits in sechs Jahren werden geschätzte 75.000 bis 100.000 Pflegekräfte fehlen. Bis zum Jahr 2050 werden es sogar 200.000 sein. „Menschen, die in der Pflege arbeiten, nehmen ihren Beruf als etwas Schönes wahr“, erklärt ÖGB-Pflegeexpertin Martina Lackner. Es gehe hierbei nicht bloß um einen Beruf, sondern auch um die besondere Beziehung zwischen Klient:innen und Pfleger:innen. „Aber wir haben viel zu wenig Personal, das dadurch dauernd unter Stress steht“, ergänzt Lackner. Auch deshalb denkt beinahe die Hälfte der Pflegekräfte übers Aufhören nach, wie eine Umfrage der Arbeiterkammer 2021 ergab.

Dass es gravierender Änderungen im Pflegebereich bedarf, ist schon seit vielen Jahren evident. „Die Reformen der aktuellen Re-

gierung gehen weitgehend in die richtige Richtung, aber leider sind sie eher kosmetischer Natur“, sagt Pflegeexpertin Lackner. Damit sich aber ausreichend Menschen für den Pflegeberuf begeistern können und nicht nach kurzer Zeit wieder aussteigen, müssten zumindest die Arbeitszeiten mit einem erfüllten Privatleben vereinbar sein, und es müsste eine langfristige Planbarkeit von Diensten gegeben sein. Auch die Entlohnung müsste besser werden, und es bräuchte mehr Personal sowie einen einheitlichen Betreuungsschlüssel in ganz Österreich. „Wir brauchen eine Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohnausgleich“, bringt es Martina Lackner auf den Punkt. Zudem bedarf es einer gesetzlichen Änderung der sogenannten „Schwerarbeiterregelung“, damit auch mehr Arbeitnehmer:innen aus dem Pflegebereich für die Schwerarbeitspension anspruchsberechtigt werden.

Harte Kost für Pfleger:innen

Nacht-, Sonntags- und Feiertagsdienste sind in der Pflege üblich und auch notwendig. Der ohnehin schon herausfordernde Beruf ufert durch die steigende Zahl der Demenzerkrankten – eine Folge der höheren Lebenserwartung – noch mehr aus. In Österreich sind Schätzungen zufolge 115.000 bis 130.000 Menschen von Demenz betroffen, dazu zählen auch alle Alzheimer-Erkrankungen. „Leider müssen wir aber auch immer mehr jüngere Menschen mit Demenz betreuen“, weiß Bogdan Lazar, Betriebsratsvorsitzender der Kremser Standorte des privaten Pflegeheimbetreibers SeneCura. Lazar beschreibt einen traurigen Umstand, der die Pflegefachkräfte mit neuen Anforderungen konfrontiert. Manche der erkrankten Bewohner:innen reagieren durchaus aggressiv gegenüber anderen

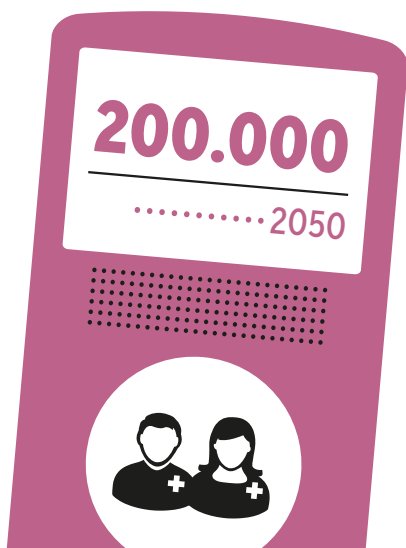


Klient:innen und dem Personal. „Freilich müssen wir uns vergegenwärtigen, dass diese Menschen nicht von Grund auf böse sind und ihr Verhalten einfach dieser Krankheit geschuldet ist“, sagt er. Entscheidend sei, dass Pfleger:innen durch eine entsprechende Schulung auf diese Wesensveränderung vorbereitet werden.

Trotzdem sei die Pflege „für viele eine Berufung und nicht nur ein Beruf“ – das zu betonen ist ÖGB-Pflegeexpertin Martina Lackner ein Anliegen. „Viele sind mit Leib und Seele bei der Arbeit, und da ist Dienst nach Vorschrift kaum möglich.“ Der Berufsalltag in der mobilen Pflege oder in einem Heim ist häufig auf die Minute durchgetaktet. Oft sind Pfleger:innen die einzigen Menschen, mit denen Klient:innen reden und ein zwischenmenschliches Verhältnis aufbauen können. Beim Kontakt ständig auf die Zeit zu achten führt beim Personal zu einem emotionalen Dilemma.

Fehlende Pflegekräfte bis 2050 in Österreich

Quelle: GÖG GmbH



Auch in der Pflegeeinrichtung SeneCura gibt es Personal, das den Dienst früher beginnt und später beendet als im Dienstplan vorgesehen. „Viele sitzen dann mit den Heimbewohner:innen zusammen, spielen mit ihnen Karten oder führen sie eine Runde im Garten spazieren“, erzählt der SeneCura-Betriebsratsvorsitzende Bogdan Lazar. Die investierte Zeit wird nicht als Arbeitszeit verbucht. „Eine gute Pflege benötigt aber Zeit“, weiß der 35-Jährige. Er ist selbst ausgebildete Pflegefachkraft und teilweise freigestellt. An zwei Tagen pro Woche kann sich Bogdan Lazar seiner Betriebsrats Tätigkeit widmen. „Wichtig ist auch, zwischen den Diensten länger frei zu haben, damit sich die Pfleger:innen auch wirklich erholen können, denn das verhindert längere Krankenstände.“ Lazar vertritt 185 Mitarbeiter:innen an drei Standorten, davon 140 Beschäftigte im Kremser Haupthaus, weitere in zwei nahegelegenen kleineren Einrichtungen.

Zwar kann sich Österreich zweier Etappen einer Pflegereform in jüngster Zeit (2022–2024) rühmen, die Ausbildungs- und Fortbildungsmöglichkeiten geschaffen haben, doch den Pflege-notstand haben sie nicht behoben. Das liegt auch daran, dass jedes Bundesland seine eigenen Regelungen hat. Sie reichen von Ausbildungsvorschriften bis zum Personalschlüssel. Ein bundesweites Gesetz, das definiert, was angemessene und professionelle Pflege gewährleisten muss, fehlt ebenso wie die Finanzierung der dringend notwendigen Veränderungen. „Wir sollten dabei auch an Vermögensteuern denken“, so ÖGB-Pflegeexpertin Martina Lackner, die eine weitreichendere Diskussion anregen will. Auch die Anerkennung von Pflegeausbildungen, die im Ausland abgeschlossen wurden, müsse vorangetrieben werden. Solange der Zugang zum Arbeitsmarkt nicht erleichtert werde und Arbeitsbe-



Der Betriebsratsvorsitzende Bogdan Lazar weiß, wie sehr der Zeitdruck den Berufsalltag von Pflegekräften erschwert. Auch genügend Erholung zwischen den Diensten sei für das Personal essenziell.

dingungen nicht verbessert würden, bleibe Österreich unattraktiv für professionelle Pflegekräfte aus anderen Staaten.

Warum die 24-Stunden-Betreuung keine Lösung ist

Sie kommen aus der Slowakei, Ungarn, Rumänien oder Polen: Frauen aus osteuropäischen Ländern, die in ihrer Heimat nicht genug verdienen und meist über Freundinnen bei einer der zahlreichen Pflegevermittlungsagenturen landen. Von diesen werden sie in die 24-Stunden-Betreuung nach Österreich vermittelt. Die Mehrheit dieser Frauen sind selbst Mütter, die ihre jüngeren Kinder bei den Großeltern zurücklassen müssen und die älteren Töchter ebenfalls in den Pflegebereich drängen. Es sind Frauen, die zum Großteil kaum Pflegeerfahrung haben, aber eine Möglichkeit sehen, durch solche Tätigkeiten ihre Existenz zu sichern. Und es gibt unter ihnen auch Frauen, die Anfang oder Mitte 70 sind und als Pflegerinnen arbeiten, weil sie verwitwet sind und sich das Leben ohne Arbeit nicht leisten können. Dass sie ihr hart erarbeitetes Geld mit den vermittelnden Agenturen teilen müssen – etwa für die sogenannten „Taxi“-Fahrten zur Pflegestelle und wieder zurück nach Hause –, macht es für diese Frauen nicht leichter. Oft erschweren Sprachbarrieren die pflegerische Tätigkeit noch zusätzlich – und zwar für beide Seiten.

„Wir reden von 24-Stunden-Betreuung und nicht von 24-Stunden-Pflege“, sagt die ÖGB-Expertin Lackner. „Das ist ein riesiger Unterschied, und die Betreuung wird uns nicht retten.“ Entscheidend sei der Ausbau der mobilen Pflege. „In der mobilen Pflege gibt es eine bessere Qualitätssicherung – da habe ich auch die Sicherheit, dass es qualifizierte Pflegeassistent:innen, Fachassistent:innen oder Heimhilfen sind“, erklärt Lackner. Derzeit sind bis zu eine Million Menschen in Österreich in eine Pflegetätigkeit involviert – das reicht vom Einkaufen bis zur Körperpflege. Die weitaus meis-

te Pflegearbeit lastet traditionell auf den Schultern von Ehefrauen, Töchtern und Schwiegertöchtern. „Doch heutzutage hat sich langsam die Ansicht durchgesetzt, dass weder Pflege noch Betreuung einfach so nebenbei ausgeübt werden können“, erklärt Martina Lackner. Eine Pflegekarenz kann bis zu drei Monate dauern. Sie wird vor allem dafür genutzt, die externe Pflege für eine Person zu organisieren. Einen Rechtsanspruch auf Pflegekarenz bzw. -teilzeit gibt es aber nur für 14 Tage bzw. vier Wochen. „Wir fordern, dass es einen Anspruch für die gesamte Dauer der Pflegekarenz bzw. -teilzeit gibt“, sagt Lackner. „In dieser Zeit muss es auch einen effektiven Kündigungsschutz geben, um nicht vom Wohlwollen der Arbeitgeber:innen abhängig zu sein.“

Eine sinnvolle Tätigkeit

Trotz aller Probleme sehen viele Pfleger:innen auch die schönen Seiten ihrer Arbeit: „Der Dank und die Anerkennung, die wir von den Heimbewohner:innen bekommen, sind unbezahlbar“, versichert Bogdan Lazar – etwa von jener Bewohnerin, die schon ganze 25 Jahre im Kremser Haupthaus lebt und seit Kurzem Unterstützung bei verschiedenen Tätigkeiten benötigt, aber geistig noch sehr fit ist. „Wir lernen sehr viel von den älteren Generationen“, ist sich der Betriebsratsvorsitzende und Pfleger sicher. Auch das mag kurz über die Pflegekrise hinwegtrösten.

& INFO

So haben die Parteien geantwortet:

Soll aus Ihrer Sicht die Pflege und Betreuung gemeinnützig und somit für jede und jeden leistbar sein statt gewinnorientiert?



Judith Derndorfer & Matthias Schnetzer,

Abteilung Wirtschaftswissenschaft und Statistik der AK Wien

Zusammengefasst von Irene Steindl

Was würde eine Erbschaftsteuer bringen?

Nahezu alle westeuropäischen Länder haben eine Erbschaft- und Schenkungsteuer. Österreich ist seit 2008 die Ausnahme, obwohl die Vermögenskonzentration hierzulande so hoch ist wie kaum woanders in Europa: Die reichsten 5 Prozent der Bevölkerung besaßen Ende 2023 rund 53 Prozent des Gesamtvermögens. Doch wie viel Vermögen wird jährlich vererbt, und was könnte eine Erbschaftsteuer einbringen?

Das Joint Research Centre der Europäischen Kommission und das WIFO entwickelten dafür ein Simulationsmodell. Demnach beträgt die durchschnittliche Erbschaft in Österreich aktuell rund 20.000 Euro und steigt bis 2050 auf etwa 33.000 Euro an. Im Gegensatz dazu klettert das durchschnittlich vererbte Vermögen im obersten Prozent bis 2050 von rund 3,4 auf 4,2 Millionen Euro. Dies verdeutlicht die drastische Kluft zwischen den Erbschaften der breiten Bevölkerung und jenen der vermögenden Elite.

Die finanziellen Herausforderungen für den Sozialstaat bei der Bewältigung multipler Krisen haben die politische Diskussion über die Wiedereinführung der Erbschaft- und Schenkungsteuer befeuert. Die Einnahmen durch Erbschaftsteuern könnten dazu beitragen, die finanziellen Herausforderungen für die öffentlichen Haushalte besser zu bewältigen. Ein oft genanntes Beispiel sind die steigenden Pflegeausgaben, die wie die Erbschaften auch stark an die demografische Entwicklung geknüpft sind. In Modellen mit Steuerfreibeträgen von 1 Million Euro zahlen auch noch 2050 mindestens 98 Prozent der Erb:innen keine Erbschaftsteuer. Trotzdem sind die geschätzten jährlichen Steueraufkommen sehr groß: Insgesamt könnten bereits jetzt je nach Modell Steuereinnahmen in der Höhe von 1,2 bis 2,4 Mrd. Euro generiert werden, selbst wenn das Eigenheim ausgenommen und Betriebsvermögen steuerlich begünstigt würde. Wie die Erbschaften verdoppelt sich somit auch das potenzielle Steueraufkommen zwischen 2025 und 2050 nahezu.

In vielen Umfragen erzielen Vorschläge für eine gerechte Besteuerung von Vermögen und Erbschaften große Mehrheiten in der Bevölkerung. Auch österreichische Steuerexpert:innen halten die praktische Umsetzung und Einbettung einer Erbschaftsteuer in die bestehende Steuerstruktur für sinnvoll und durchführbar.

**So bekommen Sie alle aktuellen Beiträge direkt in Ihr Postfach:
A&W-Blog abonnieren unter awblog.at/blog-abo**



Viel mehr Schule

Ganztagschulen ermöglichen faire Bildungschancen für alle Kinder, indem sie nicht nur mehr Zeit fürs Lernen und die individuelle Förderung schaffen, sondern auch Freizeitaktivitäten bieten. Doch es hapert an der Umsetzung. Wir werfen einen Blick auf Bildungs(un)gerechtigkeit und in die Klassenzimmer.

TEXT NADJA RIAHI



Es ist Montagmorgen, kurz nach sieben. Die Türen der Ganztagsvolksschule Vereinsgasse in der Wiener Leopoldstadt werden geöffnet, und die ersten Kinder trudeln ein. Für Schulleiterin Gabi Lener beginnt der Tag mit eingehenden Krankmeldungen des Personals. An ihrer Schule arbeiten Lehrer:innen und Freizeitpädagog:innen sowie Küchen- und Reinigungspersonal. Sie alle sind bei verschiedenen Dienstgebern und nach unterschiedlichem Dienstrecht angestellt. Für Lener bedeutet das, dass die Erstellung des Stundenplans mit Herausforderungen einher-

geht. „Für Lehrer:innen dauert eine Unterrichtseinheit 50 Minuten und für Freizeitpädagog:innen 60 Minuten. Während das Lehrpersonal zwischen den Einheiten Pausen haben darf, muss bei den Pädagog:innen die Arbeitszeit am Stück sein.“

Abgesehen von diesen logistischen Herausforderungen bietet das Ganztagschulkonzept aber viele Vorteile in der Betreuung und Versorgung der Schüler:innen. In diesen ganztägigen Schulen werden neben dem regulären Unterricht ein gemeinsames Mittagessen, betreute Lernzeiten und Freizeitaktivitäten angeboten. Dadurch

versprechen sie nicht nur eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf, sondern auch ein Potenzial für mehr Bildungsgerechtigkeit. Der Zugang zu Essen ist für die Entwicklung von Kindern dabei ebenso wichtig wie guter Unterricht: „In Österreich gibt es immer mehr Kinder, die aus verschiedenen Gründen kaum oder gar nichts essen. Hungrig lernt es sich nicht gut“, sagt Elke Larcher, Referentin für Schulpolitik und Elementarpädagogik in der Abteilung Bildungspolitik der AK Wien.

Bildung als Erbe

Generell macht sich in Österreich bemerkbar, dass Bildung weiterhin vererbt wird und es politische Schritte für mehr Bildungsgerechtigkeit braucht. 57 Prozent der Kinder, deren Eltern einen Universitätsabschluss haben, erreichen in Österreich ebenfalls einen Hochschulabschluss. Haben die Eltern maximal die Pflichtschule absolviert, gelingt das nur rund 7 Prozent der Kinder. Bildungsungleichheit manifestiert sich dabei bereits in frühen Jahren. „Die Art, wie Schule funktioniert – wann sie anfängt, wann sie endet, wie unterrichtet wird –, unterstützt die starke Bildungsvererbung“, erklärt Elke Larcher. Wer über Bildungsgerechtigkeit diskutiere, müsse sich zunächst einmal Kindergarten und Vorschule ansehen. Je nach Bildungshintergrund der Eltern würden die Kinder bei der Einschulung drei Entwicklungsjahre trennen. Während manche Kinder eine ganze Bibliothek zu Hause hätten, gebe es in anderen Haushalten nicht einmal eine stabile Internetverbindung.

Die Halbtagschule ist dennoch nach wie vor das Standardmodell. Der Unterricht findet bis mittags statt, danach gehen die Kinder entweder nach Hause oder in eine Nachmittagsbetreuung, falls diese angeboten wird. Die Verantwortung dafür, dass sie die Hausaufgaben machen, liegt bei den Familien. „Kinder hören in der Schule die Dinge einmal, aber das Wiederholen und Verinnerlichen muss zu Hause stattfinden“, so Bildungsexpertin Larcher.

Schüler:innen zwischen 6 und 14 Jahren in Ganztagsbetreuung in Österreich

Quelle: BMBWF



Der Bildungshintergrund der Eltern entscheidet in Österreich oft über die Bildungswege der Kinder. Ganztagschulen können diese Unterschiede ausgleichen, weiß Elke Larcher von der AK Wien.

„Wenn Eltern keine emotionalen oder zeitlichen Ressourcen haben, um ihre Kinder beim Lernen zu unterstützen, haben diese keine Chance, mit ihren Mitschüler:innen mitzuhalten.“

Je höher der Bildungsabschluss der Eltern, desto leichter fällt es ihnen in der Regel, die Kinder beim Lernen zu unterstützen. Es kommt aber auch darauf an, wo sie ihren Bildungsweg durchlaufen haben. „Es gibt viel informelles Wissen über Lernen und Bildung, das Eltern nur haben, wenn sie selbst in Österreich eine Schule besucht haben“, sagt Elke Larcher. Das österreichische Schulsystem setze stark auf die private Verantwortung, die Familien für die Bildung ihrer Kinder tragen. Die Spitze des Eisbergs sei die Nachhilfe. „Jede:r zweite AHS-Schüler:in bekommt Nachhilfe, und wenn Ressourcen fehlen, dann bleibt der Weg zur Matura versperrt. Das hat nichts mit den Fähigkeiten der Kinder zu tun“, weiß Larcher. Dazu kommt, dass viele Kinder zu Hause keinen eigenen Arbeitsplatz haben, um ungestört lernen zu können.

Ganztagschulen könnten diese österreichischen Bildungslücken schließen. Ursprünglich eingeführt, um die Betreuungssicherheit zu gewährleisten, haben sie zusätzlich das Potenzial, Bildungsgerechtigkeit zu fördern. „Eine gute Ganztagschule leistet zwei Dinge“, sagt Larcher: „Sie ist so organisiert, dass jedes Kind die Grundkompetenzen Lesen, Schreiben, Rechnen erwirbt und am Ende neben Deutsch idealerweise die Muttersprache gut beherrscht.“ Das zweite und noch wichtigere Ziel seien die Entwicklung von Stärken und der Zugang zu qualitativ hochwertiger Freizeit. „Diese ist für die Zukunft der Kinder ebenso wichtig, wenn nicht sogar wichtiger als der Lehrplan“, sagt Elke Larcher.

Freizeit kann lernwirksam sein

Nach der Mittagspause starten die Schüler:innen der Vereinsgasse in den Nachmittag, der aus Lernen und Freizeit besteht. Klassische Hausübungen gibt es nicht. Die Kinder machen die Aufgaben mit Unterstützung der Lehrer:innen in der Schule. Neben dem schulischen Lernen sei ein freizeitpädagogisches Angebot essenziell für die Entwicklung, da dieses besonders auf die Förderung des Selbstwerts der Kinder abziele, meint Larcher: „Sie bekommen ein Verständnis dafür, wer sie sind, was sie können oder nicht können und wie zum Teil auch schwierige Aufgaben gelöst werden. Das sind alles Punkte auf der Landkarte, die sich in der Psyche eines Menschen bildet. Die gelernten Fertigkeiten unterstützen auch das schulische Lernen.“

In der Vereinsgasse machen die Kinder jede Woche einen ganztägigen Ausflug. Gemeinsam mit ihren Lehrer:innen und den Freizeitpädagog:innen sind sie unterwegs, um entweder einen Unterrichtsgegenstand in der Praxis zu vertiefen oder auf den Spielplatz zu gehen. „Bei uns gibt es außerdem einen Mehrsprachigkeitschwerpunkt, die Kinder können Bastelkurse besuchen oder lernen das Fahrradfahren“, sagt Schulleiterin Lener. Der Schultag endet um 17:20 Uhr.



Die Gestaltung der Freizeit spielt eine große Rolle für den Bildungserfolg von Kindern. „Die gelernten Fertigkeiten fördern das schulische Lernen“, sagt Gabi Lener, Schulleiterin einer Ganztagsvolksschule.

Städte beim Ausbau klar im Vorteil

Ganztagsschulen haben das Potenzial, faire Bildungschancen für alle zu sichern. Dennoch geht der Ausbau nur schleppend voran. „Wir beobachten zwischen den Bundesländern ein ziemliches Gefälle, wobei es Städte deutlich leichter haben“, sagt die Bildungsexpertin der AK. „Während Wien und das Burgenland stark auf Ganztagsschulen setzen, sind sie im Westen ein völlig vernachlässigtes Thema. Dort gibt es – wenn überhaupt – nur schulische Nachmittagsbetreuung.“

Schulstandorte mit ganztägigem Angebot

Quelle: BMBWF



Ein Grund für den Mangel sei, dass die Umsetzung von den Gemeinden organisiert wird. Diese hätten jedoch zu wenig personelle und finanzielle Ressourcen, um sinnvolle und lernwirksame freizeitpädagogische Angebote zu schaffen. „Die nächste Regierung muss die dringenden Bildungsreformen angehen. Neben der zeitlichen Organisation von Schule ist es auch wichtig, dass sie erkennt, dass nicht jede Schule in Österreich gleich ist“, sagt Larcher und ergänzt: „Es macht einen Riesenunterschied, wo die Schulen sind, weil die Bildungsgrundlagen der Kinder komplett unterschiedlich sind.“ Investitionen in frühkindliche Bildung und Volksschulen seien nicht nur bildungspolitisch sinnvoll, sondern seien auch eine präventive sozialpolitische Maßnahme, weil dadurch kostspielige Reparaturmaßnahmen auf dem zweiten und dritten Bildungsweg vermieden würden. Es brauche Planungssicherheit für die Schulen. „Was es nicht braucht, ist mehr Leistungsdruck für Schüler:innen, denn der schnürt ein Korsett, in dem sie sich schlecht entwickeln können“, sagt Elke Larcher.

& INFO

So haben die Parteien geantwortet:

Ist Ihre Partei für einen flächendeckenden Ausbau des gebührenfreien Angebotes an Ganztagschulen?



Der Bildungsweg als Hürdenlauf

Mittelschule oder Gymnasium? Berufsausbildung oder Studium? Nicht die eigenen Interessen und Fähigkeiten, sondern das Elternhaus entscheidet in Österreich ganz wesentlich über unsere Bildungslaufbahn. Ein Umbau des Systems ist überfällig.

Probieren wir es halt einmal für ein Jahr“, sagt mein Cousin. Im Herbst wird seine Tochter Klara von der Mittelschule in eine Höhere Lehranstalt für wirtschaftliche Berufe wechseln, so hat sie sich das gewünscht. Sie ist aufgeregt, freut sich auf die neue Schule, auf die neue Umgebung, den größeren Ort, in dem es nicht bloß ein paar Läden rund um den Kirchplatz gibt. Dass sie die Herausforderung meistern und in fünf Jahren die Matura in der Tasche haben wird, daran glaubt in ihrer Familie aber niemand so recht: „Schauen wir einmal ...“ Nach dem 9. Schuljahr könnte sie auch in die Lehre wechseln, die berufsbildende Schule abbrechen – vielleicht war der Schritt ja doch zu groß.

Was Klara erlebt, davon berichten so viele Arbeiter:innenkinder, Menschen, die als Erste in ihrer Familie maturiert oder gar studiert haben. Jenes bürgerliche Selbstverständnis, dass die Welt ihnen offenstehe und das Bildungssystem geradezu für sie gemacht sei, fehlt ihren Familien völlig. Jeder Rückschlag, jede Hürde fungieren als Platzanweiser: Dein Kind gehört hier nicht her.

Als ich selbst mit 16 von einer berufsbildenden Schule ins Oberstufengymnasium wechselte und Unmengen an Stoff in Mathe und Französisch nachholen musste,

versemmelte ich die erste Schularbeit in beiden Fächern. „Ich bin skeptisch, ob du das schaffst“, habe ich meinen Vater noch im Ohr. Fieberhaft suchte ich nach Alternativen: eine Lehre in der Apotheke? Erst die guten Noten auf die zweiten Schularbeiten besiegelten meinen Weg zur Matura. Wie groß die Unterschiede in meiner Klasse waren, fiel mir erst viel später auf. Da war zum Beispiel der Architektensohn, der eine Klasse wiederholte und ein ganzes Team von Nachhilfelehrer:innen hinter sich versammelte. Auch ihr Sohn würde Architektur studieren, so die Haltung seiner Eltern von Tag eins an – der Lehrkörper im Gymnasium stand da bloß im Weg.



BRIGITTE THEISSL

lebt in Wien und arbeitet als Journalistin und Erwachsenenbildnerin. Sie und ihre Schwester sind die Ersten in ihrer Familie, die studiert haben.

Geschichten wie diese erzählen auf subtile Weise davon, dass Österreich nicht nur in Hinblick auf Vermögen, sondern auch bei den Bildungsabschlüssen eine Erbgengesellschaft ist. Schon seit Langem belegen Studien: Wer Akademiker:innen als Eltern hat, landet viel eher selbst auf einer Universität. Und das ist so gewollt. Gesamt- und Ganztagschulen hingegen, ausgestattet mit ausreichend Personal, sorgen für deutlich mehr Chancengerechtigkeit – das zeigen zum Beispiel skandinavische Länder vor. Gesamtschulen schaffen ein gutes Umfeld für alle Schüler:innen, um sich zu entfalten, Stärken und Interessen zu entdecken – auch für jene, die eine andere Muttersprache haben als Deutsch und deren Eltern sich teure Nachhilfe schlichtweg nicht leisten können.

Ein Universitätsstudium ist freilich nicht „besser“ als eine Berufsausbildung. Dass Bildung nur versehen mit einem Titel als wertvoll gilt, ist zutiefst klassistisch. Und dennoch: Gegen ein Bildungssystem der Erben, das Kinder aussortiert, statt sie zu unterstützen, gilt es mit allen Mitteln anzukämpfen. Wer krampfhaft am Gymnasium festhält, sichert bloß eigene (Erb-)Privilegien ab. Und das geht auf unser aller Kosten. ▀

Gesunde Grenzen

Österreich liegt bei der durchschnittlichen Wochenarbeitszeit im europäischen Spitzenfeld, gleichzeitig verdichten sich die Jobs durch Überwachung und Digitalisierung. Das ist nicht gesund. Wie eine Arbeitszeitverkürzung Vorteile für Unternehmen und Mitarbeiter:innen bringen kann, zeigen ambitionierte Betriebe in der Praxis.

TEXT CHRISTIAN BUNKE

Wenn man sich mit dem ÖGB-Arbeitsrechtsexperten Martin Müller über das Thema „Arbeitszeit“ unterhält, fällt bei ihm irgendwann folgender Satz: „Arbeitszeit ist ein wertvolles Gut. Es ist Lebenszeit, die ich nicht zurückkriege.“ Im aktuellen ÖGB-Programm finden sich die folgenden Sätze, die den Kern von Müllers Aussage widerspiegeln: „Daher ist jeder Teil, den wir gegen Lohn verkaufen, unwiederbringlich. Die Regulierung von Arbeitszeit ist des-

halb nicht nur zum Erhalt der Arbeitskraft und der Gesundheit wichtig. Sie stellt auch sicher, dass Menschen Zeit zum Leben abseits der Arbeit haben. Arbeitszeit braucht daher Grenzen.“

Das sind jedoch Grenzen, die immer weiter ausgehöhlt werden. Im Jahr 2018 verschärfte die damalige ÖVP-FPÖ-Regierung das Arbeitszeitgesetz und ermöglichte so den 12-Stunden-Arbeitstag bzw. die 60-Stunden-Woche. Zehntausende folgten damals einem Protestaufruf der Ge-

werkschaften und gingen dagegen auf die Straße. Inzwischen fordern manche konservative Politiker:innen und Wirtschaftsvertreter:innen sogar die Einführung einer Sechstageswoche.

„Im Jahr 1975 gab es die letzte Arbeitszeitverkürzung – von 45 auf 40 Wochenstunden“, sagt Martin Müller. Seither hat sich die Arbeitswelt massiv verändert, mit sichtbaren Folgen für die Beschäftigten. „Wie hat ein Büro im Jahr 1975 ausgesehen? Es gab ein Wählscheibentelefon und



eine mechanische Schreibmaschine. Heute kommunizieren wir mit dem Handy, immer und überall. Wir verschicken E-Mails im Sekundentakt.“ Für die Arbeitnehmer:innen bedeute dies vor allem eine Verdichtung des Arbeitsalltags.

Der ÖGB beklagt, dass sich die Arbeitszeit immer stärker in die Freizeit ausdehnt, etwa indem von Arbeitnehmer:innen dauernde Erreichbarkeit verlangt wird oder Lohnarbeit nach Hause mitgenommen wird. „Die psychische Belastung und Erschöpfung der Arbeitnehmer:innen nehmen dadurch enorm zu“, sagt Müller. „Irgendwann halten die Menschen den Druck nicht mehr aus.“ Das gelte auch für den Produktionsbereich: „Die Menschen in den Fabriken werden viel stärker überwacht als früher, während die körperliche Arbeit weniger wird. Das ist ein Beispiel für Verdichtung. Man muss die ganze Zeit viel aufmerksamer sein.“ Als Konsequenz sei deshalb eine Verkürzung der Arbeitszeit nötig. „Je beanspruchender eine Tätigkeit ist, desto mehr Ausgleich benötigt man. Dadurch wird die Belastung verringert“, so Müller.

Arbeitszeitverkürzung ist populär

Tatsächlich ist Arbeitszeitverkürzung unter Arbeitnehmer:innen in Österreich ein Anliegen mit vielen Sympathien. Lange Arbeitszeiten sind es hingegen nicht, das geht



Eine Arbeitszeitverkürzung sei höchst an der Zeit, ist sich ÖGB-Experte Martin Müller sicher: „Je beanspruchender eine Tätigkeit ist, desto mehr Ausgleich benötigt man.“

aus aktuellen Statistiken und Erfahrungen in der Arbeitswelt hervor. Laut Zahlen der Statistik Austria aus dem Jahr 2022 ist jede:r dritte lohnabhängig Beschäftigte mit einem 40-Stunden-Job mit der Arbeitszeit unzufrieden. Besonders schlecht wird die Lebens- und Arbeitszufriedenheit inzwischen von jungen Menschen bewertet, die den wachsenden Arbeitsdruck am meisten zu spüren bekommen. Sinkt hingegen die Wochenarbeitszeit, wächst die Zufriedenheit. Laut Statistik Austria waren im Jahr 2021 rund 84 Prozent der Beschäftigten mit einem Arbeitseinsatz zwischen 36 und 40 Stunden pro Woche zufrieden. Eine im Auftrag der Arbeiterkammer erstellte WI-FO-Studie aus dem Jahr 2023 kam zusätz-

lich zu dem Schluss, dass sich die Beschäftigten am Ende ihrer beruflichen Laufbahn besonders stark nach einer Arbeitszeitverkürzung sehnen.

In einer Zeit mit hohem Bedarf an Fachkräften kann eine derartige Unzufriedenheit unter lohnabhängigen Menschen auch einen Schatten auf den Personalstand werfen. Ein Beispiel dafür bietet die Online-Marketing-Agentur eMagnetix. Sie führte im Jahr 2018 aufgrund eines Mangels an Bewerber:innen die 30-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich ein. Im Jahr 2022 untersuchte die Arbeiterkammer die Folgen dieses Experiments in einer wissenschaftlichen Studie. Das Ergebnis: Über 90 Prozent der in der Studie befragten Belegschaft waren zufriedener mit ihrer Arbeitszeit und berichteten von einer deutlich besseren Work-Life-Balance. Auch auf die Gesundheit der Beschäftigten hatte die 30-Stunden-Woche positive Auswirkungen. Etwa zwei Drittel der Beschäftigten berichteten, mehr Zeit für gesunde Ernährung aufzuwenden, während 40 Prozent aufgrund der verkürzten Arbeitszeit länger schliefen. Für das Unternehmen wurde die 30-Stunden-Woche zu einem Recruitment-Argument. Die Belegschaft konnte aufgrund der kürzeren Arbeitszeiten verstärkt werden.

Wie zufrieden sind Beschäftigte mit ihrer 40-Stunden-Woche?

Quelle: Statistik Austria





Ein Held des Berufsalltags: Julius-Jürgen Mayer setzte als Betriebsratsvorsitzender bei Royal Canin eine Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohnausgleich durch.

Herausforderung Schichtarbeit

Es arbeiten aber längst nicht alle Berufstätigen in Österreich im Büro und „nine to five“. Für Zehntausende Arbeitnehmer:innen in Industriebetrieben ist Schichtarbeit der berufliche Alltag. Hier stellen sich beim Thema Arbeitszeitverkürzung in Richtung einer „gesunden Vollzeit“ besondere Herausforderungen. Das weiß Patrick Bauer, der für die Produktionsgewerkschaft (PRO-GE) Betriebsratskörperschaften beratend zur Seite steht, wenn diese neue Arbeitszeit-

modelle auf betrieblicher Ebene aushandeln. „Schichtarbeit erfordert es, dass die Arbeitnehmer:innen zu unterschiedlichen Tages- und Nachtzeiten arbeiten, oft auch an Wochenenden und Feiertagen“, sagt er. „Das kann erhebliche Auswirkungen auf die physische und psychische Gesundheit der Beschäftigten haben.“

Aber er kennt auch die Hürden, die für ein gesünderes Arbeiten zu überwinden sind: „Es gibt Fabriken, die Güter im voll-

kontinuierlichen Betrieb produzieren, 24 Stunden am Tag, sieben Tage die Woche“, sagt Müller und bringt das Beispiel eines Hochofens. „Der kann nicht einfach abgeschaltet werden. Er würde auskühlen und kaputtgehen. Auch eine Papierwalze hängt durch, wenn sie stillsteht.“ Eine Herausforderung bestehe somit darin, gesunde Arbeitszeitmodelle auf die Bedürfnisse des Arbeitsplatzes abzustimmen.

Gleichzeitig sind berufstätige Menschen aber nicht nur Arbeitskräfte, sondern Personen mit Bedürfnissen, Hobbys und familiären Verpflichtungen. Auch das sei bei Änderungen der Arbeitszeitgestaltung zu bedenken. Es sei wichtig, den Menschen zuzuhören und sie mitzunehmen. „Es gibt Schichtsysteme, da arbeiten die Beschäftigten 21 Tage durch und haben dann eine Woche frei. Das ist total ungesund“, sagt Bauer. Aber für viele Beschäftigte würde genau dieses Modell gut passen, „weil sie sich in der freien Woche ehrenamtlich engagieren oder sich dann Zeit für ihr Kind nehmen oder für die Woche zurück in ihr

Einführung der 30-Stunden-Woche beim Unternehmen eMagnetix

Quelle: Arbeiterkammer

**ZWEI
DRITTEL**
der Beschäftigten
brachten mehr Zeit für
gesunde Ernährung auf



Heimatsbundesland fahren“. Die Freizeit der Menschen sei eng mit dem Schichtsystem verknüpft, und deshalb müsse bei jeder Änderung neu verhandelt werden.

Gerade weil es im Bereich der Arbeitszeit viele Aspekte zu berücksichtigen gilt, beurteilt Bauer ähnlich wie Martin Müller die Arbeitszeitreform von ÖVP und FPÖ sehr kritisch. Besonders der Begriff der „Freiwilligkeit“ zur Ableistung von längeren Arbeitszeiten auf Überstundenbasis sei zu hinterfragen, „vor allem in voll kontinuierlich produzierenden Betrieben, weil die Maschinen dort nicht einfach abgeschaltet werden können. Das erzeugt einen Druck auf die Kolleg:innen. Freiwilligkeit existiert de facto nicht“, sagt Bauer. Ein weiterer negativer Aspekt seien Verknappungen beim Personal. „In vielen Betrieben sind die Reserve-Mitarbeiter:innen eingespart worden. Es handelt sich dabei um Kolleg:innen, die einspringen, wenn jemand ausfällt. Wenn die Reserve wegfällt, erzeugt das sofort eine Verdichtung und somit eine Verschlechterung für andere Mitarbeiter:innen.“ Auf kollektivvertraglicher Ebene habe man aber auch Erfolge erzielt, sagt Bauer. „Wir haben zum Beispiel die Überstundeneinsätze enorm verteuert. Da gibt es jetzt teilweise über 100-prozentige Zuschläge.“

Erfolgsbeispiel Royal Canin

Welche Möglichkeiten es gibt, auch in Schichtbetrieben gesündere Arbeitszeiten und Rhythmen auszuhandeln, zeigt das Beispiel des zum weltweit agierenden Mars-Konzern gehörenden Futtermittelherstellers Royal Canin in Bruck an der Leitha. Hier wurde lange im 4-Schicht-System gearbeitet und die Arbeitsbelastung für die Mitarbeiter:innen über Jahre hinweg immer wieder intensiviert. Mit Beginn der Pandemie 2020 gab es einen regelrechten Ansturm auf den Haustiermarkt, der in weiterer Folge einen Boom in der Futtermittelbranche herbeiführte. Royal Canin wollte weiter expandieren und die Produktion deshalb flexibilisieren. Die Geschäfts-



Die Schichtarbeit ist besonders herausfordernd für Arbeitnehmer:innen. Patrick Bauer von der PRO-GE berät Betriebskorporationen beim Aushandeln gesunder Arbeitszeitmodelle.

führung beauftragte zu diesem Zweck eine externe Firma.

Hier sah der Betriebsratsvorsitzende Julius-Jürgen Mayer eine Chance zu intervenieren. „Ich habe der Geschäftsführung eine Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohnausgleich vorgeschlagen“, sagt er. „Das ist schließlich eine alte sozialistische Forderung.“ Doch mit der reinen Forderung war es nicht getan, Argumente und statistisch belastbare Fakten mussten her. „Deshalb habe ich während eines Treffens mit der Geschäftsleitung Patrick Bauer von der PRO-GE kontaktiert. Er benutzt dasselbe Berechnungsprogramm wie die Firma. Ich habe ihn gefragt: Kannst du mir auf die Schnelle ein 5-Schicht-Modell mit Arbeitszeitverkürzung schicken?“

Und das hat Bauer sogar recht schnell geschafft. „Anhand seiner Berechnungen hat die Firma gesehen, wie sie 24 Stunden, sieben Tage die Woche produzieren kann – und das sogar günstiger als in den alten Modellen, ohne Überstundenzuschlag.“ Die Arbeitszeit beträgt jetzt sechs Tage die Woche, gefolgt von vier freien Tagen. Für die Arbeiter:innen bedeutet das neue Modell eine Arbeitszeit von 33,6 Wochenstunden. „Viele Arbeiter:innen haben mir gesagt, dass das Modell 20 Jahre zu spät eingeführt wurde“, sagt Mayer. „Sie lieben es. Die Firma weiß das auch, und hat es trotz etwas zurückgegangener Auftragslage nicht zurückgenommen.“ Und das darf als großer Erfolg gewertet werden. ▀

& INFO

So haben die Parteien geantwortet:

Ist Ihre Partei für die Verkürzung der Normalarbeitszeit im Arbeitszeitrecht bei vollem Lohn- und Personalausgleich?



Auf der Kippe

Kindergärten sind der Dreh- und Angelpunkt für Geschlechtergerechtigkeit, doch kurze Öffnungszeiten und Personalmangel machen Familien im ganzen Land zu schaffen. Allzu oft übernehmen Frauen die Kinderbetreuung – und das kommt sie teuer zu stehen.

TEXT SANDRA GLONING

Susanne liefert ihre Tochter um 7.30 Uhr im Kindergarten ab. Danach steigt sie ins Auto. Sie hat 30 Minuten Zeit, bis ihr Arbeitstag beginnt – und noch 30 Kilometer vor sich. Susanne lebt in einem kleinen Dorf in Oberösterreich und arbeitet Teilzeit. Um 13 Uhr steigt sie erneut ins Auto, sie muss das Kind wieder abholen. Während sie im Stau steht, denkt sie an ihre Tochter und daran, dass sie die einzige der Gruppe sein wird, die noch nicht abgeholt wurde. Die Kindergartenpädagogin wird unglück-

lich sein, dass Susanne zu spät ist und sie deshalb länger bleiben muss. Denn die Einrichtung sperrt regulär um 14 Uhr zu. Vollzeit zu arbeiten ist für Susanne unter diesen Bedingungen undenkbar.

Susanne ist nur eine von vielen Müttern mit diesem Problem. Denn die Kinderbetreuung in Österreich ist ausbaufähig. Oberösterreich und Niederösterreich sind die Schlusslichter bei der Anzahl an Betreuungsplätzen. Doch genau die sind es, die Beruf und Familie erst vereinbar machen. Kurze Öffnungszeiten, lange Ferien oder zu wenig freie Kindergartenplätze bereiten Eltern in allen Bundesländern Kopfzerbrechen.

Teilzeitfalle Kindergarten

In Österreich sind derzeit 330.000 Kinder unter sechs Jahren in Betreuungseinrichtungen untergebracht. Und nur bei der Hälfte dieser Plätze sind die Öffnungszeiten so gestaltet, dass die Eltern Vollzeit arbeiten können. Bei den unter Dreijährigen sind es nur 17,6 Prozent der Plätze, wie der Kinderbetreuungsmonitor der Bundesregierung im April 2024 zeigte. Das wirkt sich vor allem auf das berufliche Leben von Müttern aus, da sie meistens die Care-Arbeit übernehmen. Das heißt: Männer arbeiten unabhängig vom Alter des Kindes weiter. In den vergangenen Jahren waren stets zwischen 81 und 87 Prozent der Väter vollzeitbeschäftigt. Bei Frauen ist das anders: Nur 10 bis 16 Prozent der Mütter von Kindern in den ersten fünf Lebensjahren arbeiteten Vollzeit.

Das zieht für Mütter diverse Probleme nach sich: Fehlende Pensionsjahre bedeuten ein höheres Risiko, später in Altersarmut zu leben. Teilzeitangestellte haben außerdem weniger Aufstiegs-

Im Herbst 2023 gingen die Beschäftigten der privaten Wiener Kindergärten und Horte für bessere Arbeitsbedingungen auf die Straße. Die Gewerkschaften unterstützten den breiten Protest.



möglichkeiten im Beruf. „Die Leidtragenden der fehlenden Kinderbetreuung in Österreich sind aber nicht nur die Mütter“, sagt Eva-Maria Burger, Abteilungsleiterin für Frauen und Familie in der Arbeiterkammer Wien. „Es fehlen hier massiv finanzielle Mittel, um die Kinderbetreuung sowohl qualitativ als auch quantitativ auszubauen. Und darunter leiden die Kinder genauso.“

Betreuung statt Bildung

Besonders im Kindergarten sollte es Raum für Elementarbildung geben, die essenziell für die weitere Entwicklung der Kinder ist. Sind aber die Gruppen zu groß und ist der Personalschlüssel zu niedrig, bleibt diese pädagogische Arbeit auf der Strecke. In vielen Kindergärten fokussiert man sich aufgrund des Personal mangels gezwungenermaßen auf die reine Betreuung der Kinder. „Die Elementarpädagog:innen sind gut ausgebildet und qualifiziert“, sagt Burger. „Für viele ist die Arbeit eine Berufung, mit der sie die Zukunft gestalten wollen. Doch viele berichten, dass sie in der aktuellen Personalsituation wenig Möglichkeiten haben, pädagogisch zu arbeiten. Darunter leiden besonders jene Kinder, bei denen die frühkindliche Bildung nicht zu Hause passiert.“ Und dadurch gingen laut Burger Chancen verloren. Im Kindergarten sollte eine intensive Sprachförderung stattfinden, die darüber entscheiden kann, wie erfolgreich insbesondere Kinder mit Migrationshintergrund oder auch solche mit sprachlichen Schwierigkeiten später ihr Berufsleben und ihren Alltag meistern. Auch fehle es an Plätzen für Kinder mit Behinderungen. In Burgers Augen seien neben den Kindern auch die Elementarpädagog:innen selbst Leidtragende der prekären Situation.

Nötig wäre eine Aufstockung des Budgets, und die ist – zumindest teilweise – auf den Weg gebracht. 2023 wurde von der Bundesregierung versprochen, dass bis zum Jahr 2030 4,5 Milliarden Euro für den Ausbau der Elementarpädagogik zur Verfügung gestellt werden. Reichen werde das nicht, so Burger: „Es ist ein erster Schritt. Aber das Budget ist nur bis 2028 fixiert, darüber hinaus sind die Mittel bisher nichts weiter als ein Versprechen.“ Laut der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) fließen lediglich 0,72 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) in Österreichs Kindergärten. Der OECD-Schnitt liegt bei 0,89 Prozent.

Skandinavisches Vorbild

Ein Land, in dem Elementarkinderbetreuung gut funktioniert, ist Dänemark. Dort wird ein Prozent des Bruttoinlandsproduktes in die Kindergärten investiert. Das bräuchte es auch bei uns, sagt die AK-Expertin: „Auch mit den versprochenen 4,5 Milliarden Euro werden wir den gewünschten Prozentsatz von einem Prozent des BIP pro Jahr nicht erreichen. Dabei wäre das dringend notwendig – um den Ausbau der Elementarbildung voranzutreiben und den Bedarf an Pädagog:innen zu decken.“



Ein Prozent des BIP würde eine flächendeckende Kinderbetreuung in Österreich ermöglichen, weiß Eva-Maria Burger, Abteilungsleiterin für Frauen und Familie in der Arbeiterkammer Wien.

Die EU hat bereits vor über 20 Jahren konkrete Zielsetzungen in Bezug auf die Betreuungsquote von Kindern festgelegt. Die sogenannten Barcelona-Ziele hatten Österreich kurz nach der Jahrtausendwende dazu verpflichtet, bis 2022 Kindergartenplätze für 33 Prozent aller Kinder unter drei Jahren bereitzustellen. Die Republik hat das Ziel verfehlt und daraufhin schlichtweg eine neue Quote mit dem Rat der EU ausverhandelt, sie beträgt nun nur noch 31,9 Prozent. Ungeachtet dieser Versäumnisse gilt für die Zukunft das Ziel, bis 2030 45 Prozent der unter Dreijährigen eine Betreuung zu ermöglichen.

Die Arbeiterkammer fordert gemeinsam mit den anderen Sozialpartner:innen und der Industriellenvereinigung seit mehreren Jahren von der Regierung einen Rechtsanspruch auf einen Kinderbetreuungsplatz ab dem ersten Geburtstag. Weiters wird ein zweites kostenloses Kindergartenjahr für alle gefordert – auch, um den Bedarf und die Menge der fehlenden Plätze besser definieren zu können, so Eva-Maria Burger: „Wir wissen aktuell nicht genau, wie viele Plätze fehlen, weil Eltern sich einfach anders organisieren, wenn die Kindergartenbetreuung für sie nicht funktioniert.“ Wäre der Personalspiegel höher und wären qualitative Kinderbetreuungsmöglichkeiten flächendeckend sowie ganzjährig vorhanden, würde sich auch zeigen, wie groß der Bedarf wirklich ist. Eine Frage, der sich Österreich stellen muss. ▸

& INFO

So haben die Parteien geantwortet:

Unterstützt Ihre Partei die Forderung nach einem Rechtsanspruch auf einen leistbaren Kinderbetreuungsplatz ab dem ersten Geburtstag?



Wohnen ist kein Privileg

Überteuerte Mieten und Betriebskosten, steigende Grundstücks- und Baupreise sowie hohe Zinsen setzen österreichische Haushalte unter Druck. Der ÖGB fordert mit einem „Wohnungspolitischen Programm“ konkrete Eingriffe, damit Wohnraum wieder leistbar wird – und zwar für alle.

TEXT ALEXANDRA ROTTER



Die Wohnkosten sollten weniger als 30 Prozent des Nettoeinkommens ausmachen, besagt eine gängige Regel. „Doch das ist vielfach nicht mehr der Fall“, sagt Angela Pfister, Ökonomin in der volkswirtschaftlichen Abteilung des ÖGB. Besonders Menschen mit geringen Einkommen würden mittlerweile eher 40 Prozent oder mehr fürs Wohnen ausgeben. Private Mieten, Betriebskosten, Wohnungs-, Grundstücks- und Baupreise sowie Kreditzinsen sind stark gestiegen und werden für viele Personen zur Belastung. Wohnen ist aber kein Luxus wie eine Fernreise, auf die man verzichten kann, wenn das Geld knapp wird.

Konkret sind die Mieten seit 2022 um bis zu 25 Prozent gestiegen. Wie sehr das Haushalte in die Enge treibt, zeigt die Statistik-Austria-Umfrage „So geht’s uns heute“. Bei dieser werden alle drei Monate Veränderungen der Lebensbedingungen, des Einkommens und des Wohlergehens der Bevölkerung erfasst. Die Ergebnisse vom ersten Quartal 2024 zeigen, dass für 18,7 Prozent der Befragten die gesamten Wohnkosten für ihren Haushalt eine „schwere finanzielle Belastung“ darstellten. In der Untergruppe der Mieter:innen im privaten Segment waren die Wohnkosten gar für 26,9 Prozent eine spürbare Strapaze. Bestimmte Bevölkerungsgruppen sind noch stärker betroffen. 41,2 Prozent der Ein-Eltern-Haushalte mit mindestens einem Kind unter 25 Jahren gaben eine schwere Wohnkostenbelastung an, und beim untersten Einkommensfünftel betraf das im ersten Quartal 39,1 Prozent.

Diverse Handlungsmöglichkeiten

Deshalb fordert der ÖGB politische Maßnahmen, die im „Wohnungspolitischen Programm“ festgeschrieben wurden. Sie sind in drei Hauptforderungen zusammengefasst: Wohnen müsse für alle leistbar sein, es müsse dauerhaft in sozialen Wohnbau und klimafit-



Die Ökonomin Angela Pfister sieht die Politik in der Pflicht, leistbaren Wohnraum zu schaffen, zum Beispiel mit einer jährlichen Wohnbaumilliarde.

te Sanierungen investiert werden, und es brauche einen Turbo für den Austausch fossiler Heizungssysteme in Mietwohnungen. Die vielen Forderungen, die zu diesen Kernpunkten zusammengefasst werden, zeigen, wie viele Möglichkeiten es gäbe, die Bevölkerung beim Thema Wohnkosten zu entlasten.

Für den ÖGB ist insbesondere der soziale Wohnbau ein Schlüsselfaktor, denn die steigenden Kosten für Mietwohnungen hätten dazu geführt, dass für immer mehr Haushalte der private Wohnungsmarkt nicht mehr leistbar sei. Doch der soziale Wohnbau steht laut Ökonomin Angela Pfister aufgrund der massiven Boden Spekulationen unter Druck: Gemeinnützige Bauträger finden kaum noch Grundstücke. Darüber hinaus wurden der Arbeiterkammer zufolge zwischen 2018 und 2023 sogar 100.000 Wohnungen zu viel gebaut. Sie seien nicht dem Wohnbedarf geschuldet, sondern der Veranlagung von Fonds sowie Spekulant:innen. „Wohnungen dürfen nicht länger Spekulationsobjekte sein“, sagt Angela Pfister dazu. Es sei Aufgabe der Politik, bezahlbare und dauerhaft gesicherte Wohnverhältnisse zu schaffen, Bund und Länder seien gefragt.

Preisdämpfend für gesamten Markt

Der soziale Wohnbau wirke sich laut Pfister auch auf den gesamten Mietmarkt preisdämpfend aus. Die im Februar präsentierte Wohnbauförderungsmilliarde für die Länder – geplant ist, bis 2026 insgesamt eine Milliarde Euro in den gemeinnützigen Wohnbau zu investieren – sei deshalb ein wichtiger Schritt, doch sie dürfe weder zeitlich begrenzt noch auf drei Jahre aufgeteilt sein: „Der Bund sollte den Ländern auf Dauer jährlich eine Wohnbaumilliarde zuweisen.“ Zudem müssten die Wohnbauförderungsbeiträge, die zu je 0,5 Prozent von Arbeitnehmer:innen und Arbeitgeber:innen finanziert werden, wieder zweckgebunden werden. „Gegenwärtig

werden diese oftmals nicht für den Wohnbau verwendet, sondern die Länder stopfen damit teilweise Budgetlöcher“, so Pfister.

Der ÖGB fordert eine gezielte Bodenpolitik, damit es auch Grundstücke für den geförderten Wohnbau gibt. So sollten etwa Grundstücke, die in öffentlicher Hand sind, ausschließlich mit geförderten Wohnungen bebaut werden können. Wichtig seien laut Pfister zudem die Abschaffung befristeter Mietverträge und die Reparatur der Mietpreisbremse, die zu spät gekommen sei. Der Mietpreisdeckel, der ab 2024 in bestimmten Wohnungen eine Mietpreiserhöhung um maximal fünf Prozent jährlich erlaubt, sei viel zu hoch und wirke aufgrund der Inflation de facto nicht. Und gerade im frei finanzierten privaten Bereich, wo die höchsten Mieten verlangt werden, gibt es nach wie vor keine Eingriffe. Der ÖGB verlangt eine Rücknahme der jüngsten Erhöhungen von 2023 und, solange die Inflation hoch ist, einen Mietpreisstopp. Positiv sieht Pfister die Leerstandsabgabe, die aber noch von den Ländern umzusetzen ist.

Die Forderungen des „Wohnpolitischen Programms“ bilden zusammen ein Paket an Forderungen, durch deren Umsetzung Wohnungen wieder erschwinglich werden könnten. „Es reicht nicht, nur da und dort etwas zu machen, sondern man muss das Thema leistbarer Wohnraum umfassend angehen“, sagt Pfister und wendet sich damit insbesondere an die bald zu bildende neue Regierung. Die aktuelle habe zwar Schritte gesetzt, aber die wirklich großen Themen sei sie nicht angegangen – und die Lage werde immer schwieriger. ▀

& INFO

So haben die Parteien geantwortet:

Unterstützt Ihre Partei die Forderung nach gesetzlichen Obergrenzen für Mieten?



Wir haben die Wahl!



RENATE ANDERL

PRÄSIDENTIN DER BUNDESARBEITSKAMMER

Vor dem Sommer haben die neun Arbeiterkammern ihre Wahlen abgeschlossen. Mir war dabei vor allem eines wichtig: dass möglichst viele AK-Mitglieder von ihrem Wahlrecht Gebrauch machen. Das ist bei allen Wahlen wichtig, von der Betriebsrats- und Personalvertretungswahl über die Wahl zum Europäischen Parlament bis zur Nationalratswahl, die Ende September ansteht.

Der Ausgang dieser Wahl wird darüber entscheiden, welchen Weg unser Land in den kommenden Jahren gehen wird. Und diese Jahre stecken voller großer Herausforderungen: Unternimmt die nächste Bundesregierung mehr als die bisherigen, um die Armut zu senken? Können wir endlich ernsthaft über kürzere Arbeitszeiten und weniger Arbeitsdruck reden? Setzen wir endlich wirksame Maßnahmen zur Gleichstellung von Frauen? Nehmen wir den Klimaschutz ernst? Beseitigen wir endlich die unerträglichen Schief lagen im Steuersystem? Oder werden weiterhin die Interessen einer ganz kleinen Minderheit bedient, und das buchstäblich auf Kosten der Vielen?

Die Arbeiterkammer ist eine überparteiliche Organisation – aber immer parteiisch im Interesse der arbeitenden Menschen im Land. Wir beurteilen daher jede Regierung danach, was sie für die Arbeitnehmer:innen tut. Dafür bietet sich ein Blick in die Wahlprogramme der Parteien an. Gerade für Betriebsrät:innen und Personalvertreter:innen lohnt sich das, denn sie sind wichtige Meinungsbildner:innen für die Kolleg:innen im Betrieb und in der Dienststelle. Der Blick auf die Positionen der Parteien ist auch deshalb wichtig, weil die bisherige Bundesregierung viel zu wenig für die Arbeitnehmer:innen getan hat. Das muss sich dringend ändern – und die nächste Möglichkeit ist die Nationalratswahl am 29. September.

Die Arbeiterkammer und die Gewerkschaftsbewegung setzen sich seit jeher für Demokratie und Mitbestimmung ein, ebenso dafür, dass alle von ihren Rechten Gebrauch machen können – sei es das Recht, einen Betriebsrat zu wählen, in Väterkarenz zu gehen oder eben wählen zu gehen. Zur Wahl zu gehen und seine Stimme abzugeben ist mehr, als nur ein Kreuzerl zu machen. Es ist aktive Beteiligung an der Demokratie. Es ist Mitbestimmung darüber, wie unser Land gestaltet wird. Und es ist ein hart erkämpftes Recht, das alle, die das können, auch unbedingt in Anspruch nehmen sollen. ▀

UMFRAGE
„KI-Nutzung in der
Betriebsratsarbeit“
Jetzt teilnehmen
und einen von vier
100-Euro-Gutscheinen
gewinnen!



Neuerscheinungen aus dem ÖGB-Verlag



Buch

Eine grüne Revolution

Eine neue Wirtschaftspolitik in Zeiten der Klimakrise

Michael Soder

ÖGB Verlag | 2024 | 296 Seiten | EUR 27,90
ISBN 978-3-99046-679-7

In einer Welt, die zunehmend von den Folgen der Klimakrise geprägt ist, stehen Wirtschaft und Politik vor beispiellosen Herausforderungen und auch vor einem Wendepunkt. Unsere Antwort auf die Klimakrise muss daher nichts weniger als eine radikale Neuausrichtung der Wirtschaftspolitik sein. Wir brauchen eine grüne industrielle Revolution, die erneuerbare Energien fördert, nachhaltige Produktionsmethoden einsetzt, Wirtschaftsprozesse in einem Kreislauf denkt und die Auswirkungen der Transformation auf Ungleichheit und Verteilung berücksichtigt.

Aus einem praxisorientierten Blickwinkel beleuchtet der Autor die Herausforderungen und Chancen, die sich aus einer Verbindung von Wirtschaft, Sozialem und Umwelt ergeben. Er stellt innovative Konzepte vor, die eine nachhaltige und gerechte Zukunft ermöglichen können, insbesondere in den Bereichen Industrie- und Regionalpolitik, Finanzierung sowie Arbeitsmarktpolitik. Mit vielen Beispielen ist dieses Buch auch als Denkanstoß und Leitfaden für politische Entscheidungsträger:innen, engagierte Bürger:innen und alle Interessierten in Österreich, Deutschland und darüber hinaus zu verstehen.



Buch | e-book

Berufsausbildungsgesetz

Anita Aust, Philipp Brokes, Barbara Huber, Manfred Schmidt, Markus Schüller, Peter Stocker

ÖGB Verlag | 2024 | Gesetze und Kommentare 154 | 1176 Seiten | EUR 89,00
ISBN 978-3-99046-690-2

Die 3. Auflage des Berufsausbildungsgesetzes ist neu erschienen. Die Ausbildung von Lehrlingen in gesetzlich geregelten Lehrverhältnissen ist ein wesentlicher Bestandteil des beruflichen Bildungswesens in Österreich. Sie erfolgt im dualen Berufsausbildungssystem (Ausbildung im Lehrbetrieb und in der Berufsschule). Wichtig für das BAG sind daher auch die Querverbindungen zu anderen Rechtsgebieten wie Gewerberecht, Arbeitsrecht, Schulrecht, auf die in diesem Kommentar ebenfalls eingegangen wird.

Geh wählen!
29.9.

GUTE WAHL,
GUTES LEBEN!

Welche Partei steht auf deiner Seite?

Am 29. September hast du die Chance, mit deiner Stimme die Zukunft zu gestalten. An diesem Tag findet die Nationalratswahl statt. Die im Nationalrat vertretenen Parteien entscheiden über wichtige Gesetzesvorlagen.

Wir haben für dich nachgefragt!

Der ÖGB und die Gewerkschaften haben in fünf Kapiteln 50 wichtige Fragen gestellt, um herauszufinden, welche Parteien sich für bessere Arbeits- und Lebensbedingungen einsetzen.

Arbeit und
Demokratie

Klima, Energie,
Mobilität

Arbeitsmarkt und
Bildung

Soziale
Sicherheit,
Gesundheit,
Pflege

Wirtschaft, EU,
Internationales



Hier sind die Antworten. Scanne den QR-Code und mach dir ein Bild für die kommende Wahl!

gutewahl.oegb.at

ÖGB

Ein Ersuchen des Verlages an den/die Briefträger:in:
Falls Sie diese Zeitschrift nicht zustellen können,
teilen Sie uns bitte hier den Grund und gegebenenfalls
die neue bzw. richtige Anschrift mit

Straße/Gasse

Haus-Nr./Stiege/Stock/Tür

Postleitzahl

Ort

AW